

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 139 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 8/2006 · VOM 18. AUGUST 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Allee zwischen Rüdnitz und Danewitz erhalten**
Umweltausschuß war nicht informiert

5 | **Die Schule schließt – der Schulclub öffnet**
Albert-Einstein-Oberschule

7/8 | **Viele Eberswalder wollen eine andere Politik**
Bürgermeisterwahl am 29. Oktober

»In Delmenhorst ist die Hölle los«

Die Bürger der Partnerstadt Eberswaldes kämpfen gegen die Errichtung eines Neonazi-Schulungszentrums in ihrer Stadt

Delmenhorst (bbp). Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Delmenhorst sind zutiefst getroffen und schockiert. Um nicht in fassungslose Bewegungsunfähigkeit zu verfallen, hat sich u.a. die Bürgerinitiative »Für Delmenhorst« gegründet. Das Ziel ist gleichermaßen schlicht und ehrgeizig: binnen weniger Tage müssen 3,4 Millionen Euro gesammelt werden, um den Kauf eines Hotels mitten in der Stadt durch den Hamburger Anwalt und Neonazi Jürgen Rieger zu verhindern. Rieger hatte angekündigt, in dem Hotel ein Schulungszentrum für rechte Gruppen einzurichten und NPD-Parteitage abhalten zu wollen.

Ummittelbar nach dem Bekanntwerden des geplanten Deals zwischen dem Hoteleigentümer Günter Mergel und Riedel hatte sich auf Initiative des Oberbürgermeisterkandidaten der Linken Alternative Delmenhorst (LAD), Jörg Dombrowe, ein Bündnis gegen den Ankauf der Immobilie durch Neonazis gebildet. Nach dem ersten Treffen von Vertretern der LAD, WASG, Linkspartei, DKP und des türkischen Arbeitervereins am 1. August entwickelte sich binnen kurzem ein breites und parteiübergreifendes Bündnis, dem sich zahlreiche Initiativen und Organisationen anschlossen. Neben Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmervereinen positionierten sich auch die Delmenhorster SPD,

CDU und FDP. Der Delmenhorster Stadtrat beschloß inzwischen die Ausweitung des Sanierungsgebietes Innenstadt. Dadurch besitzt die Stadt ein Vorkaufsrecht zu einem gutachterlich festgelegten Preis.

Seit der großen Protestversammlung am 7. August vergeht kein Tag an dem sich der vielfältige Widerstand der Bürgerinnen und Bürger nicht in Mahnwachen, Unterschriftenaktionen, Demonstrationen und Protestkundgebungen manifestiert.

Bei der am 7. August begonnenen Geldsammlung kamen inzwischen mehr als 765.000 EURO zusammen



Die „Wilhelm-Tietjen-Stiftung“ des rechtsextremen Hamburger Anwalts Jürgen Rieger ist sich mit dem Eigentümer des „Hotel am Stadtpark“ in Delmenhorst, Günter Mergel, handelseinig. Aus dem Hotel soll ein Neonazi-Schulungszentrum werden.

(Stand 17.8.). Über 6.200 Menschen haben sich als Unterstützer auf der Internetseite www.fuer-delmenhorst.de eingetragen. Die benachbarten Gemeinden und mehr und mehr auch Unterstützer aus ganz Deutschland und darüber hinaus melden sich.

Unterstützung kommt auch aus der Delmenhorster Partnerstadt Eberswalde. So hat z.B. die Stadtfraktion der Linkspartei.PDS auf ihrer Sitzung am 14. August über Möglichkeiten zur Unterstützung der Delmenhorster beraten. Auch der Barnimer Bürgerpost e.V. solidarisierte sich mit den Bürgerinnen und Bürgern von Delmenhorst.

Treuhandkonto der Stadt Delmenhorst:

Kontonummer: 1392224, LzO Delmenhorst, BLZ: 28050100, zweckgebundene Spenden „Aktion Hotel am Stadtpark“.

Links: www.keine-nazischule-in-delmenhorst.de, www.fuer-delmenhorst.de, www.delmenhorst-sagt-nein.de

ROCK
gegen
RECHTS!
Faschisten wegrocken!

VORPROGRAMM:
Blues Session
BAND: THE RUDE TONES (Ska)
JUST INN (GRUNGE)
Disco (Rock)

SAMSTAG 19. AUG. MARKTPLATZ 18:00 DELMENHORST
www.keine-nazischule-in-delmenhorst.de www.ruf-del.de
KEINE NAZISCHULE! WEDER HIER NOCH SONSTWO!

2 Jahre Eberswalder Montagsdemo

Montag, 21. August, 16.30 Uhr, auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel

Vor zwei Jahren begannen auch in Eberswalde die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV und Agenda 2010. Die Politik des Sozialabbaus hat ihren menschenfeindlichen Charakter inzwischen millionenfach bewiesen. Daran hat sich auch unter der Koalitionsregierung von CDU und SPD nichts geändert. Seit dem 1. August wirkt das Hartz IV-»Fortentwicklungsgesetz«, das die Härten des Gesetzes noch verschärft.

Deshalb fordern wir:

- * Hartz IV und Agenda 2010 müssen weg
- * Arbeit statt Verfolgung der Arbeitslosen
- * Bedingungslose Grundsicherung
- * 10 Euro Mindestlohn

Es sprechen:

Frank Töpfer für Eberswalder Montagsdemo
Albrecht Triller für Bündnis für ein demokratisches Eberswalde
Hartwin Schulz als Mitstreiter und Bürgermeisterkandidat

Kommt und kämpft mit!

Die vier Bürgermeister

In der schönen Stadt Eberswalde haben in den letzten 20 Jahren drei Bürgermeister regiert. Der letzte DDR-Bürgermeister mußte gehen, weil seine Bürger ihren Staat verschenken wollten. Diese haben ihn gar nicht gefragt, ob er nicht weiter machen wolle. Schlechte Nachrichten über ihn sind nicht bekannt. Man sagt, er hätte auch gerne weiter gemacht.

Der nächste Bürgermeister war arrogant und seine Leute wußten wirklich alles besser. Weil er daneben noch ein bißchen überschlau war, wurde er schließlich mit großer Mehrheit abgewählt. Jetzt macht er den Lilienzüchter.

Der letzte Bürgermeister hat alle seine Versprechen eingelöst und wurde trotzdem abgewählt. Seine Erfolge in Stein und Beton kann man überall in der Stadt sehen. Mehr hatte er nicht versprochen.

Was wollten die Leute eigentlich von ihm? Nun ist er weg vom Fenster und die Leute müssen sich einen neuen wählen.

Bürgermeister sind die einzigen richtigen Wahlbeamten im Land und werden von der Stadtbevölkerung direkt gewählt. Sie sind sozusagen der letzte Rest der freien Stadtregierungen. Die Chefs im Landratsamt, im Gericht und in der Sparkasse werden indirekt gewählt oder berufen. Es sind eben keine Meister sondern Minister, Richter, Direktoren – Angestellte eben, wie die Worte so schön verschleiern. Während diese sich hinter ihren Wahlgremien verstecken können, steht ein Bürgermeister ganz allein vor seinem Wahlvolk. Ein Bürgermeister ist dafür zeitweilig Herr über die Stadtverwaltung und muß alle Gesetze kennen und einhalten, einen ordentlichen Lebenswandel führen, Ideen und Stehvermögen haben, Reden halten, gut aussehen, viel vertragen, Konflikte vermitteln und sich eine Menge Quatsch anhören. Vor allem muß er wesentlich daran arbeiten, die Identität der Stadtmenschen zu stärken und deren Wohlbefinden verbessern. Sonst verlassen noch mehr Menschen die schöne Stadt Eberswalde.

Sollte es einen solchen Menschen wirklich geben? Ist das nicht ein bißchen viel verlangt? Dem scheint nicht so, weil sich mindestens vier Männer um das Amt bewerben. Frauen sind wohl ungeeignet. Ob es daran liegt, daß sie nicht soviel saufen können? Alle Bewerber kommen aus Verwaltungen. Dort gibt es offensichtlich den Typ des Bürgermeisters mit Gefühl und Stehvermögen, Ideen und Selbstvertrauen, charmant und geistvoll und vor allem klug, der freien Rede mächtig und auch noch nett. Wahrscheinlich haben sie sich bisher versteckt und wollen nun zeigen, was in ihnen steckt.

Sie glauben den Kandidaten etwa nicht? Dann sollten Sie sich die Typen genau ansehen und anhören. Vielleicht lassen Sie sich eine Schriftprobe schicken. Denn soviel Zeit muß einfach sein. Denken Sie daran, er wird Ihr Meister. Noch ist das so.

Dr. MANFRED PFAFF

Krieg im Nahen Osten

Als Bundeskanzler Schröder sich gegen eine deutsche Beteiligung im Irakkrieg aussprach, zog er sich den Zorn des US-Präsidenten zu, hatte aber er die große Zustimmung der deutschen Bevölkerung. Aber schon damals argwöhnten viele, daß dies nur ein Wahlkampfmanöver war. Damals war der heutige Außenminister Frank-Walter Steinmeier der Chef des Bundeskanzleramtes. Als Außenminister der Merkel/Müntefering-Regierung erweist sich Steinmeier nun als Diener der USA und verteidigt UN-Resolutionen zum Nahost-Krieg, die von den USA diktiert wurden.

Der Krieg wurde begonnen, hieß es, um zwei entführte Soldaten zu befreien und ihr Leben zu retten. Inzwischen wurden Tausende getötet oder verwundet. Hunderttausende sind auf der Flucht, die Infrastruktur im Libanon ist zerstört. 30.000 israelische Soldaten stießen im Südlibanon bis zum Litani-Fluß vor. Unendliches menschliches Leid auf beiden Seiten. War es eine angemessene Reaktion, ein ganzes Volk als Geisel zu nehmen und Menschen willkürlich zu töten?

Es wird der Situation nicht gerecht, sich auf die eine oder andere Seite der Kämpfenden zu stellen. Letztlich sind nicht einzelne Menschen hier oder da Schuld an diesem Krieg, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die vom Streben nach Profit und Macht geprägt sind. Trotzdem ist es notwendig, Partei zu ergreifen – Partei für den Frieden, für den Stop jeder militärischen Gewaltanwendung. Denn Krieg löst die Probleme in keinem Fall, sondern vergrößert sie.

Doch was tut die Bundesregierung, was tut Herr Steinmeier? Sie faseln vom »Recht der Selbstverteidigung Israels«, als gäbe es für diesen Krieg eine Rechtfertigung, ein Recht auf diesen

Krieg. Sie begeben sich damit auf die Linie der USA, die gegen die übrigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats mit ihrem Veto der Forderung zum sofortigen Stop der Kampfhandlungen im Wege stehen. Natürlich hat Israel ein Selbstverteidigungsrecht, aber Libanon doch ebenso. Statt mit dem Selbstverteidigungsrecht die Fortsetzung des Krieges zu rechtfertigen, mußte der sofortige Waffenstillstand gefordert werden.

Inzwischen gibt es den Waffenstillstand. Vor allem wohl, weil die Machthaber in Tel Aviv und Washington die Fähigkeiten der israelische Armee über- und jene der Hizbollah-Milizen unterschätzten. Die Kriegsziele jedenfalls wurden nicht erreicht.

Statt nun den Einsatz deutscher Soldaten im Libanon zu erwägen, sollte sich die Bundesregierung an den Verfassungsgrundsatz halten, daß die Bundeswehr nur zur eigenen Verteidigung und nicht außerhalb deutscher Grenzen eingesetzt wird. Die Bundesrepublik sollte ein Beispiel für Abrüstung, für das Verbot des Waffenexportes und für eine Entwicklungshilfe geben, die das friedliche Zusammenleben der Völker fördert.

Die aktuellen Forderungen müssen lauten: Rückzug der israelischen Armee aus dem Libanon, Gefangenenaustausch (einschließlich der Entführten), Umsetzung der Vereinbarungen zum palästinensischen Staat. Das sind die Mindestvoraussetzungen, um mit der Lösung der sozialen Probleme in der Region als der eigentlichen Konfliktursache überhaupt auch nur zu beginnen.

Deutsche Soldaten werden dafür am wenigsten gebraucht.

ALBRECHT TRILLER,
Bündnis für den Frieden Eberswalde

Russische Bibliothek

Dagmar Enkelmann übergab Bücher in Bernau-Süd

Bernau (bm). Zu einer Bücherspende der fremdsprachigen Art hatten Dagmar Enkelmann, MdB, und der Bernauer Stadtverband der Linkspartei.PDS aufgerufen (BBP 12/2005). Gefragt waren Bücher in russischer Sprache. Gedacht waren sie für die Bibliothek im Stadtteilzentrum Bernau-Süd. Dort baut Swetlana Hauke bereits seit längerem eine Sammlung von Büchern, Zeitschriften und Tonträgern in russischer Sprache auf. Im Süden Bernaus wohnen viele Bürger, die aus der ehemaligen Sowjetunion stammen. Sie sind sehr an der Arbeit des Zentrums und an der dortigen Bibliothek interessiert.

Der Aufruf wurde ein voller Erfolg. Aus allen Teilen Brandenburgs meldeten sich Bürger, die helfen wollten. Im Laufe mehrerer Wochen wuchs ein stattlicher Berg russischer Bücher im Bernauer Wahlkreisbüro. Am Dienstag nach

Pfingsten übergab Dagmar Enkelmann vor Ort im Stadtteilzentrum die Bücher an Swetlana Hauke. Die gesammelte Literatur sei, so die ehrenamtliche Bibliothekarin, eine willkommene Ergänzung und Erweiterung des Bestandes.

Im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten wurde deutlich, wieviel ehrenamtliche Arbeit im Stadtteilzentrum geleistet wird. Der große, lichtdurchflutete Raum dort eignet sich nicht nur hervorragend als Bibliothek, sondern kann auch für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden. So gab es bereits literarisch-musikalische Programme. Dagmar Enkelmann regte an, den schönen Raum für weitere Veranstaltungen zu nutzen, die der Integration der neuen Bürger Bernaus dienen. Denkbar sind unter anderem Buchlesungen, Schach- oder Skatabende oder auch Informationsveranstaltungen.

Allee zwischen Rüdnitz und Danewitz erhalten

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen wendet sich entschieden gegen die von der Kreisverwaltung Barnim geplante Fällung der gesamten Allee zwischen Rüdnitz und Danewitz und weiter bis zur Landesstraße L 29. »Wegen der Erneuerung dieser wenig befahrenen Nebenstraße mehr als 700 alte Allee-bäume zu fällen, ist völlig unangemessen,« erklären die Sprecher des Kreisverbandes Karl-Dietrich Laffin und Stefan Stahlbaum. »Die überwiegende Zahl der Bäume ist vital und standsicher genug, um noch viele Jahre zu existieren. Gefällt werden dürfen nur die Bäume, die die Verkehrssicherheit akut gefährden. In vorhandenen oder entstehenden größeren Lücken sollten Nachpflanzungen in der bestehenden Baumflucht vorgenommen werden,

wie es der Brandenburgische Alleenerlaß aus dem Jahr 2000 empfiehlt.«

Die komplette Fällung aller Allee-bäume würde einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild und die Biotopfunktion der Landschaft darstellen. Für die touristische Anziehungskraft des märkischen Backofendorfes Danewitz wäre der Verlust der Allee ebenfalls fatal. Bündnis 90/Die Grünen lehnen die Fällung auch deshalb ab, weil die in den Planungsunterlagen vorgesehene Neupflanzung der Allee in einem Abstand von 3 m von der Fahrbahnkante aufgrund des dafür notwendigen Grunderwerbs keineswegs gesichert ist. Der große Abstand läßt zudem bezweifeln, ob sich wieder eine klassische Allee mit geschlossenem Kronendach entwickeln kann. Mit Kosten von ca.



www.der-ruednitzer.de

300.000 Euro allein für die Ersatzpflanzungen ist diese Variante der Straßenerneuerung auch aus wirtschaftlicher Sicht unververtretbar.

Karl-Dietrich Laffin und Stefan Stahlbaum
(Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Barnim)

Umweltausschuß war nicht informiert

Eberswalde (bbp). Die im Herbst geplante Abholzung der Allee an der Kreisstraße K6005 zwischen Rüdnitz, Danewitz bis zum Anschluß an die Landesstraße L29 bei Biesenthal wird nun auch die zuständigen Gremien im Kreistag beschäftigen. Wie der Vorsitzende des A5 Johannes Madeja und sein Stellvertreter Prof. Jürgen Elsner mitteilten, waren sie seitens der Kreisverwaltung über diese geplante Rekonstruktion der Kreisstraße nicht informiert worden. Erst ein an den Präsidenten des Landesumweltamtes Prof. Dr. Matthias Freude gesandter offener Brief der Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm (Bündnis 90/Grüne) brachte die Sache an die Öffentlichkeit. Über das BBP-eMail-Forum erfuhr auch Mitglieder des A5 davon.

Cornelia Behm bezieht sich auf eine Stellungnahme der Brandenburgischen Umweltverbände im Rahmen des Beteiligungsverfahrens. Grundlage ist die im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) im April diesen Jahres erfolgte Erfassung und Bewertung der Allee-bäume. Demnach gehören 63 Prozent der Bäume den Schädsklassen 1 und 2 (schwach bis mittelstark geschädigt) an. Weitere 28 Prozent weisen noch eine ausreichende Standfestigkeit auf. Lediglich 10 Prozent weisen eine solche Schädigung auf, daß sie sofort gefällt werden müssen. Abgesehen davon, daß das Verschwinden der Allee eine nachhaltige Beeinträchtigung des Landschaftsbildes darstellt, bedeuten die geplante Fällung und Neupflanzung für den Landkreis zusätzliche Kosten von ca. 300.000 Euro.

Während Prof. Elsner von einer »Umwelt-Barbarei« spricht, nutzte der Chef des kreisliche Bauordnungsamt Jürgen Jankowiak die lokale Tageszeitung, um abzuwiegeln. Dabei wurden die Zahlen des LBP auf den Kopf gestellt: »Zwei Drittel der Bäume sind stark oder sehr stark geschädigt beziehungsweise schon absterbend. Nicht ein einziger Baum schaffte es in die Katego-

rie 'gesunde oder leicht geschädigte Bäume'.« Das Tagblatt unterstellte gar den Kritikern mangelnde Sachkenntnis. »Vielleicht unterliegen die Naturschützer hier einem Irrtum«, heißt es in dem MOZ-Artikel. »Ein Baum der Schädstufe 2 ist nämlich nicht ein gut erhaltener Baum, sondern ein stark geschädigter.«

Vitalitätsstufen

Aus dem Gutachten:

Klasse 0: 0 Bäume (0 %), Klasse 1: 84 Bäume (11 %), Klasse 2: 384 Bäume (52 %), Klasse 3: 211 Bäume (28 %), Klasse 4: 73 Bäume (10 %)

Klasse 0: gesund

Bäume ohne erkennbare oder nur mit geringen Schäden, 0-10 % Laubverlust,

Klasse 1: schwach geschädigt

Bäume mit beginnender Kronenverlichtung (Warnstufe), Diese Vitalitätsstufe liegt in der normalen und natürlichen physiologischen Schwankungsbreite, Regenerierung ist leicht möglich, 11 - 25 % Laubverlust

Klasse 2: mittelstark geschädigt

Bäume mit stärkerer bis starker Kronenverlichtung und beginnender bis starker Dürreabbildung, Regenerierung ist noch möglich. 26 - 60 % Laubverlust

Klasse 3: stark geschädigt

Absterbende Bäume mit sehr starker Verlichtung der gesamten Krone, starker Dürreabbildung und abgestorbenen Kronenpartien, Regeneration ist nicht mehr möglich. 61-99 % Laubverlust

Klasse 4: abgestorben

Abgestorbene Bäume

Der sachkundige Einwohner im A5 Dr. Andreas Steiner vermutet, daß hier an den politischen Gremien vorbei Tatsachen geschaffen werden sollten. »Daß der A5 als relevantes Gremium durch den Landkreis über dieses Vorhaben nicht informiert wurde, ist schon ein starkes Stück. Da denken einige, sie könnten die Angelegenheit heimlich still und leise in der Urlaubszeit über die Bühne bringen, ohne daß wir Wind davon bekommen - was auch fast geglückt wäre.«

Gutachter ist bekannt

Panketal (bbp). In dem in nebenstehendem Artikel erwähnten MOZ-Beitrag wurde von einem »Gutachter, ein Professor und ausgewiesener Experte« gesprochen. Es handelt sich dabei um Professor Rudolph aus Panketal der recht häufig im Auftrag der Behörden über den Verbleib von Alleen und Straßenbäumen entscheidet bzw. Empfehlungen abgibt.

»Dabei ist mir noch kein Fall bekannt«, sagt dazu der Vorstandssprecher der Niederbarnimer Bündnisgrünen Steffen Stahlbaum, »in dem der Professor für den Erhalt der Allee oder Anpflanzung votierte, wobei nicht immer die Standsicherheit die Hauptrolle spielte. In anderen Fällen hieß es z.B. die Restlebenserwartung (z.B. 20 Jahre, wobei natürlich vom unteren Wert des Schätzspektrums ausgegangen wurde) sei zu gering, oder ein Miteinander von jungen und alten Bäumen wäre im Gesamtanblick nicht wünschenswert.«

Sicher verstehe der Professor sein Handwerk, »aber die Auslegung der Datenerhebung«, so Stahlbaum, »gibt mit Sicherheit andere Lösungen her, ohne Fahrbahnerneuerung und Verkehrssicherheit grundsätzlich zu gefährden.«

Holz und Stein

Eine Ausstellung mit Skulpturen in Holz und Stein des Bildhauers Lutz Kittler ist seit dem 22. Juli und noch bis zum 30. September in der Maria-Magdalenen-Kirche zu sehen. Unter dem Thema »Begegnungen« kann der Betrachter den einfühlsamen und ausdrucksstarken Werken des Friedrichswalder Künstlers gegenüberstehen und auf die Sprache der Formen lauschen. Biographische Ereignisse, Erlebnisse in der Natur und biblische Gestalten haben den Künstler inspiriert. Dankbar nahm er die Möglichkeit an, die Arbeiten in der ehrwürdigen gotischen Kirche präsentieren zu können.

Kitas an den Kreis?

Eberswalde (bbp). Die Ankündigung der zuständigen Kreisdezernentin Silvia Ulonska, die Kreisverwaltung bereite die Übernahme der Aufgaben der Kita- und Hortbetreuung vor, hat vielerorts bei Eltern und Erziehern für Unruhe gesorgt. Als direkte Drohung gegen die Elterninteressen mußte die Infragestellung des bisherigen bürgerfreundlichen Modus erscheinen (MOZ, 27.7.2006). Nicht von der Hand zu weisen ist die Befürchtung, daß eine Zentralisierung der Kitas nach rein wirtschaftlichen Aspekten geplant ist. Bei den Schulen exerziert der Kreis dies gerade vor. Zugleich verursachte die Ankündigung, zur Finanzierung der Mehrkosten die Kreisumlage um neun Prozent anzuheben, bei den verantwortlichen Kommunalpolitikern einiges Stirnrunzeln.

In der Stadt Eberswalde wird sich der zuständige Ausschuß Kita und Schule auf seiner nächsten Sitzung am 6. September eingehend mit der Problematik beschäftigen. Aus Sicht des Ausschußvorsitzenden Hans Pieper hat sich die Kreisdezernentin mit ihren Aussagen in der Presse allerdings etwas sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Gemäß Kitagesetz § 12 liegt die Entscheidung, ob die Gemeinden und Ämtern in ihrem Gebiet die Aufgabe übernehmen, die Kinderbetreuung zu gewährleisten, allein bei diesen selbst. Das KitaG sieht nicht vor, daß der Kreis den Gemeinden dieses Recht verweigern kann. Vorgeschrieben ist, in dem abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vertrag die Finanzierung zu regeln. Der Umfang der Kostenerstattung ergibt sich aus § 14 und liegt bei 84 % der notwendigen Personalkosten entsprechend der Durchschnittssätze der jeweiligen Vergütungsregelung.

Der Streitpunkt, der zur Kündigung der Verträge seitens einzelner Gemeinden und schließlich pauschal durch den Kreis führte, liegt in den unterschiedlichen Sichten, inwieweit die Kostenerstattung seitens des Landkreises tatsächlich den gesetzlichen Regelungen entspricht. Das »Waffengeklirr« der Kreisverwaltung, war von Mitgliedern des städtischen Ausschusses zu vernehmen, sei für eine Lösung des Problems wenig hilfreich.

Brandenburgisches Viertel:

Sprecherrat tagt um 17 Uhr

Eberswalde (bbp). Ab 28. August wird der Beginn der öffentlichen Sitzungen des Sprecherrates des Brandenburgischen Viertels von 14 auf 17 Uhr verlegt. Darauf einigte sich der Sprecherrat auf seiner Beratung am 12. Juni. Der Sprecherrat will dadurch bessere Mitwirkungsmöglichkeiten auch für berufstätige Einwohner des Viertels schaffen. Bisher waren Berufstätige faktisch von einer Teilnahme an den Beratungen ausgeschlossen. Die Sprecherratsitzungen finden jeweils am letzten Montag des Monats im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße statt.

Nach der »Spatzennest«-Schließung:

Hort doppelt so teuer wie geplant

Eberswalde (bbp). Die im März beschlossene Schließung der Kita »Spatzennest« im Brandenburgischen Viertel konnte nur umgesetzt werden, weil für die Schulkinder, die bisher die Kita besuchten, ein separater Hort im Gebäude der Grundschule »Schwärzese« eingerichtet wird. Nun kam heraus, daß die Herrichtung des Hortes doppelt soviel kostet wie ursprünglich angekündigt. In einer aktuellen Information der Stadtverwaltung über Baumaßnahmen in Kitas und Schulen heißt es dazu: »Einrichtung eines Hortes in der Grundschule Schwärzese (Maler, Elektro, Fußboden), Kosten: ca. 15.000 Euro, bereits abgeschlossen«. Das sind die Kosten, über die die Stadtverordneten vor der Entscheidung informiert wurden.

Hinzu kommen jetzt weitere 15.000 Euro zur Errichtung eines zweiten Rettungsweges (Anbau einer Treppe). Die Pressemitteilung der Stadtverwaltung verschweigt freilich, daß es sich um Kosten für den neuen Hort handelt. Vielmehr wird die Baumaßnahme der Grund-

schule »Schwärzese« zugeschlagen. Laut Haushaltsplan sollten dort jedoch im Jahr 2005 insgesamt nur 15.800 Euro investiert werden. 5.800 Euro stehen für Sportgeräte zur Verfügung und für 10.000 Euro sollte ein Brandschutzkonzept erarbeitet werden.

Von einer zusätzlichen Treppe als Rettungsweg weiß der Haushaltsplan logischerweise nichts, da ja zunächst das Brandschutzkonzept erarbeitet werden soll. Demzufolge handelt es sich bei dem zusätzlichen Treppenbau vermutlich um eine Auflage im Zusammenhang mit der Erteilung der Betriebslaubnis für den neuen Hort.

Die Investitionskosten für den Schulhort in der Grundschule »Schwärzese« betragen demnach 30.000 Euro. Der Variantenvergleich bezüglich der Betriebskosten (vgl. BBP 7/2006) ergab selbst unter Zugrundelegung der Zahlen der Verwaltung nur eine Einsparung von 3.000 bis 6.000 Euro. Die Kita-Schließung wird sich somit nach 5 bis 10 Jahren amortisieren.

150.000 Euro über der Prognose

Welchen Wahrheitswert haben Aussagen zur Finanzierung des Tierparks?

Eberswalde (bbp). Im Januar 2005 hatte die Barnimer Bürgerpost erstmals Angaben zu den seit 1995 realisierten Einnahmen und Ausgaben des Eberswalder Tierparks veröffentlicht. Bis 2003 basierten die Zahlen auf den jeweiligen Rechnungsabschlüssen. Dem Ergebnis von 2004 lag hingegen die Prognose der Tierparkverwaltung zugrunde. Wie mittlerweile bekannt ist, fanden diverse Spenden, die über die Haushaltsstelle »Gemeindeorgane« abgerechnet wurden, in der Berechnung keine Berücksichtigung. Da es sich teilweise um Spenden handelte, die für andere Zwecke vorgesehen waren, kann der Vorwurf des kreislichen Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes durchaus nachvollzogen werden, das von einer verdeckten Finanzierung des Tierparks spricht.

Aber auch ein Vergleich der 2004er Prognose mit den tatsächlichen Zahlen (BBP 2/2006) läßt Zweifel aufkommen, ob bei der Prognose wirklich das Bemühen im Vordergrund stand, der Realität möglichst nahe zu kommen. Vorsichtig ausgedrückt. Erstellt wurde die Prognose im Dezember 2004, als das Haushaltsjahr

fast zu Ende war. Obwohl die Saison lange vorbei, lag bei den Eintrittsgeldern die Diskrepanz zwischen Prognose (790.000 Euro) und tatsächlichen Einnahmen (756.696,30 Euro) bei über 33.000 Euro. Bei den sonstigen Einnahmen lag die Prognose sogar 35.000 Euro über dem Realisierten, so daß insgesamt 68.000 Euro weniger eingenommen wurde als kurz vor Jahresschluß prognostiziert.

Doch damit nicht genug. Auch bei den Ausgaben bedeutete die Prognose eine deutliche Schönfärbung der Tierparkbilanz. Laut Schätzung vom Dezember lagen die Ausgaben 80.000 Euro unter den tatsächlichen. Allein bei den Personalkosten, also der am besten planbaren Position, wurden fast 70.000 Euro weniger angegeben, als ausgegeben wurde. Ging der Haushaltsplan ursprünglich von 687.200 Euro Zuschußbedarf aus, waren laut Prognose 778.554 Euro erforderlich. Tatsächlich aber kostete der Tierpark im Jahr 2004 die Stadt 928.058,34 Euro (ohne die verdeckten Zuschüsse). Das ergibt eine Differenz von fast 150.000 Euro.

»Mensch ärgere dich nicht«

Das lebendige FunSpiel zum (Selber)Mitmachen

Schon zum zweiten Mal hieß es am 22. Juli »Mensch ärgere dich nicht« im Brandenburgischen Viertel. Bei schönstem Wetter trafen wir uns am Gemeindezentrum, um gemeinsam zu spielen, Musik zu hören und zu Plaudern. Informationen rund ums Viertel, eine »Klagemauser« und Infomaterial standen zur Verfügung.

Drei Teams gingen an den Start und hatten sichtlich Freude am Spiel. Als Sieger setzte sich das Team Gemeindezentrum durch. Der nächste Termin ist am 26. August ab 10 Uhr am Bürgerzentrum. Unterstützt wird unser Spiel durch »Soziale Stadt« und den Sprecherrat.

CORNELIA SPRENGEL, Quartiersmanagerin

Keine 7. Klassen an der Albert-Einstein-Schule

Die Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel galt als sicherer Schulstandort. Dann aber verfehlte die Zahl der Bewerbungen für die 7. Klassen 2006/07 den »Frequenzrichtwert« des Landes von 25 Schülern pro Klasse. Am 25. April machte eine Schülerdemo auf das drohende Aus für die siebenten Klassen aufmerksam. Ungeachtet dessen entschied das Staatliche Schulamt am 26. April, daß es an der Einsteinschule im nächsten Schuljahr keine siebenten Klassen geben soll. Am 4. Mai erklärte dann der sogenannten »Bildungsgipfel« des Landrates, daß es in Eberswalde nur noch zwei Oberschulen geben solle. Die Goetheschule werde zu einem großen Oberschulkomplex am Standort Mitte entwickelt, während die anderen drei Oberschulen am Standort Westend zusammengelegt werden. Dem folgte vom 8. bis 19. Mai der Schülerstreik an der Einsteinschule. Schulamt und Bildungsministerium zeigten sich unbeeindruckt. Proteste am 17. Mai vor dem Landtag, im Bildungsausschusses des Kreises, in der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni und zum Kreistag am 28. Juni stimmten die Politiker nicht um. Daher entschlossen sich schließlich acht Eltern für den Klageweg.

Inzwischen hat nun auch das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) die Anträge zum vorläufigen Rechtsschutz und zur Prozeßkostenhilfe abgelehnt. Zwar ist in der Hauptsache

noch nicht beraten und entschieden – damit wäre ohnehin nicht kurzfristig zu rechnen – jedoch hat das Gericht damit signalisiert, daß keine hinreichenden Aussichten auf Erfolg der Klage bestehen. Damit dürfte auch der Rechtsweg gescheitert sein. Folglich werden die Bewerber für die 7. Klassen an der Einsteinschule inzwischen zur Westendschule gehen müssen. Ein Zurück für diese Klassen in die Einsteinschule ist selbst bei späterer positiver Gerichtsentscheidung unrealistisch.

Ist der Kampf um die Erhaltung der Albert-Einstein-Oberschule damit nun zu Ende?

Nein, der Kampf geht weiter. Noch ist die Übergabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis nicht erfolgt. Noch kann die Stadt die Grundschule Mitte, die eine wichtige Rolle in den Plänen des Kreises spielt, nicht an diesen abgeben. Denn das erfordert eine Änderung des städtischen Schulentwicklungsplanes, über dessen Fortschreibung ab September diskutiert wird. Noch arbeitet die Stadt an einer neuen Stadtentwicklungskonzeption, was die Erkenntnis wachsen läßt, daß der Erhalt der Schule zu machen ist. Noch hat die Stadt Eberswalde keinen neuen Bürgermeister gewählt, und die Kandidaten werden sich zu diesem Thema äußern müssen.

Somit bleibt der Erhalt der Albert-Einstein-Oberschule auch weiterhin in der Debatte.

Wer weiter für die Einsteinschule kämpfen will, der sollte das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« in der Bürgermeisterwahl unterstützen. Als Vater und als Sozialdiakon im evangelischen Gemeindezentrum habe ich viel Kraft in den Kampf für die Erhaltung der Schule gesteckt. Für mich war das der Auslöser, mich als Bürgermeisterkandidat zur Verfügung zu stellen.

Im Wahlkampf – und erst recht im Falle meiner Wahl zum Bürgermeister – wird die Bildungspolitik insgesamt und speziell der Verbleib der Schulen in der Stadt und in den Ortsteilen eine herausragende Rolle in meiner und in der Arbeit des Bündnisses spielen. Es wird auch aufzuklären sein, warum den Bürgern im Vorfeld der Schulentscheidungen nicht die Wahrheit gesagt wurde und warum sie in den Entscheidungsprozeß nicht einbezogen wurden. Zu hinterfragen ist auch die Rolle und die Berechtigung des Schulamtes.

Und selbst wenn die Erhaltung der Schule nicht gelingen sollte: Die Zeit des Kampfes um die Einsteinschule war Bildung im besten Sinne – es war politische Bildung in Theorie und Praxis mit Lehren fürs Leben. Bei vielen Teilnehmern hat sich der Frust gegenüber der Politik weiter vergrößert. Aber es sind auch viele, die nun aus ihrer politischen Passivität heraustreten und aktiv werden.

HARTWIN SCHULZ

Die Schule schließt – der Schulclub öffnet

30. Juni 2006. Das Schuljahr neigt sich dem Ende zu. Da treffen sich am Freitag nachmittag Eltern, Schüler, Lehrer und Kooperationspartner in der Albert-Einstein – Schule zur Eröffnung eines Schulclubs. Ungläubiges Staunen, was aus Kellerräumen entstanden ist.

Man sieht, wie viel Arbeit in das Projekt investiert wurde, aber auch wie viele Ideen. Da waren viele mit Lust und Liebe bei der Sache. Auf dem wunderschönen Wandbild scheinen sich die Schatten tatsächlich im Tanz zu bewegen. Die Figuren haben Gesichter, die sicher Schülerinnen und Schülern dieser Schule gehören. Sie werden in dieser Schule bleiben, auch wenn die auf dem (Bildungs)Gipfel, die Sicht auf die im Tal längst verloren haben und die Schule samt neuem Schulclub den Bach runtergehen lassen wollen.

Zur Eröffnung erschienen die Erbauer des Schulclubs, Ideengeber und Unterstützer, Helfer, künftige Nutzer, interessierte Eltern und Lehrer. Schulleiter Schumacher kannte sie alle, ihre Namen und ihre Anteile am geschaffenen. Er lobte sie und bedankte sich für ihr Mittun, besonders auch beim Hausmeister. Eine von Schülern gebastelte Tulpe aus Papier war der kreative Dank für Kreativität. Dem Einstein-Satz: »Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt« wurde mit dem Schulclub

entsprochen. Die Anwesenden hatten nicht nur eine Beziehung zum Schulclub. Es waren nicht zufällig auch Streiter für die Erhaltung der Schule. Schon seit im April bekannt wurde, daß der Bestand der Schule gefährdet ist, waren sie mit dabei, wenn Aktionen gegen die drohende Schließung durchgeführt wurden. Auch da fehlte es nicht an Einsatzbereitschaft und Phantasie. Erst zwei Tage zuvor hatten sie ihre Forderung nach Bestand der Schule bekräftigt. Ein Schülerpaar hatte die Schule geheiratet und ihr die lebenslange Treue versprochen, ja sogar geküsst wurde die Schule unter großem Hallo der Teilnehmer am »Gipfel der Bildung«. So ernst ist ihnen der Erhalt ihrer Schule.

»Es darf nicht sein, daß auch diese Mühe umsonst war. Wir werden den Widerstand gegen die Schulschließung nicht aufgeben, solange wir uns noch wehren können«, so der Konsens auf der



Veranstaltung. Verständlicherweise wurde dieser Gedanke dann in kleiner Runde weiter diskutiert. Bei der Bürgermeisterabwahl wird auch für die Schulpolitik eine Quittung ausgestellt und die künftigen Bürgermeisterkandidaten werden peinlich befragt werden, wie sie zur Einsteinschule stehen.

Noch sind die Streiter für die Schule mutig und angriffslustig und stecken der Politik mit Einstein die Zunge heraus. Der Schulclub soll leben!

IG Mieter informiert

Im Rechtsstreit WHG gegen das Ehepaar Pomraenke bestätigt das Amtsgericht Eberswalde mit Urteil 2C4/06 vom 27.07.2006 die allgemeine Rechtsauffassung, die unabhängig davon auch höchstrichterlich vom BGH in Karlsruhe festgestellt wurde, daß die Umlage von Betriebskosten durch einseitige Änderung des Umlagemaßstabes Wohnfläche in bewohnte Fläche nicht rechtmäßig ist.

Das betrifft im besonderem Maße die Müllkosten bei Leerstand von Wohnungen, aber auch andere Betriebskosten, wenn als Verteilerschlüssel Wohnfläche vereinbart ist.

Betroffene Mieter sollten ihre Betriebskostenabrechnung kontrollieren, ob z.B. bei der Position Müllkosten eine kleinere Wohnfläche als die Gesamtwohnfläche angegeben wird.

Sollte das der Fall sein, können Sie einen Widerspruch zu diesen Positionen einlegen und die Richtigstellung der Betriebskostenabrechnung verlangen. Nach dem Mietrechtsreformgesetz vom 19.06.2001 können sie Widersprüche innerhalb von einem Jahr nach Erhalt der Betriebskostenabrechnung einlegen. Das ist auch dann noch möglich, falls sie bereits Widersprüche zu anderen Positionen eingelegt haben, oder falsche Abrechnungen aus den Vorjahren nicht beanstandet haben.

Neu hinzu kommende Betriebskosten muß der Vermieter vor dem neuen Abrechnungszeitraum mit einer Begründung ankündigen.

Diese Information ist keine Rechtsberatung, dazu ist die IG Mieter nicht befugt.

BERND POMRAENKE

Neues Leitbild bis 2020

Eberswalde (prest-ew). »Tradition in Bewegung« – und wohin soll es gehen?, heißt es auf der neuen Homepage der Stadt www.eberswalde.de. Dies gibt das Arbeitsmotto der Stadtverwaltung vor: »Tradition in Bewegung«. Die Stadtverwaltung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahresende 2006 die »Strategie Eberswalde 2020« zu entwerfen. Im Mittelpunkt dieser Strategie steht die Entwicklung eines neuen Leitbildes, das Weg und Entwicklungsziele in einer langfristigen Vision bis 2020 skizziert.

Wie soll sich die Stadt angesichts des demografischen Wandels entwickeln? Wo werden die künftigen Schwerpunkte der Stadtentwicklung liegen? Welche Rahmenbedingungen benötigt die Wirtschaft, um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen? Wie kann der landschaftlich sehr attraktive Finowkanal entwickelt werden, daß er zum touristischen Highlight wird? Was kann die Stadt für die Verbesserungen eines attraktiven Wohnungs- und Baulandangebotes tun?

Alle diese Fragen sollen mit politischen Vertretern und Wirtschaftsunternehmen, mit Vereinen und Verbänden sowie den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden. Die öffentliche Auftaktkonferenz dazu findet statt am 30. August ab 16 Uhr im Haus Schwärzetal.

Anforderungen an den neuen Bürgermeister

Im Vorfeld der Bürgermeisterwahl, die am 29. Oktober stattfinden soll, wird immer wieder Verwaltungserfahrung als Voraussetzung für die Wahrnehmung eines Bürgermeisters genannt. Kandidaten stellen sich unter Hinweis auf solche Erfahrungen vor. Hier scheint ein Mißverständnis vorzuliegen.

Zwar kann solcherart Erfahrung dem Bürgermeistersamt durchaus zuträglich sein, eine vom Gesetzgeber geforderte Voraussetzung ist sie jedoch nicht. Aus gutem Grund: Hat doch ein Bürgermeister ein ganzes Rathaus voller Verwaltungsfachleute und Beamte an seiner Seite. Diese arbeiten ihm mit Eifer und Pflichtbewusstsein zu, sofern man sie in ihrer Rechtfähigkeit walten läßt und sie nicht fehlgeleitet werden.

Von einem Bürgermeister erwarten die Bürger eine starke Führung zum Wohle der Stadt auf der Grundlage zukunftsweisender Ideen sowie Gestaltungskraft. Angesichts der Skandale

in Eberswalde sind aber vorallem auch Anforderungen moralisch-rechtlicher Art zu erfüllen. Schließlich wurde der bisherige Amtsinhaber nicht wegen mangelnder Verwaltungserfahrung abgewählt. Die Verstöße gegen

– das Strafrecht (erstinstanzliche Verurteilung wegen Untreue und Korruption zu zwei Jahren auf Bewährung, Untersagung der Amtsausübung für drei Jahre, Zahlung von 15 Tausend Euro)

– das Arbeitsrecht (rechtswidriger Auftritt zum Neujahrsempfang)

– das Verkehrsrecht (Trunkenheitsfahrt in Verbindung mit Widerstand gegen Polizeibeamte)

– das Haushaltsrecht (Spendenaffäre) zeigen, worauf ein neuer Bürgermeister zu achten hat. Da wäre es gut, wenn der künftige Bürgermeister in keine Affären aus der Vergangenheit verwickelt ist.

Dr. GÜNTER SPANGENBERG, Vorsitzender der StVV-Fraktion Allianz Freier Wähler

SPD-Landesparteitag gegen Sozialticket

Eberswalde (verdi/afa). Der vom SPD-Unterbezirk Barnim und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA Barnim) auf dem SPD-Landesparteitag in Fürstenwalde am 1. Juli 2006 eingereichte Antrag zur »Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« wurde bedauerlicherweise abgelehnt. Die Mehrheit der Delegierten folgte damit der Empfehlung der Antragskommission. Nun ist es an der Zeit, andere politische Wege zu beschreiten.

Dazu heißt es in einer Pressemitteilung des ver.di-Landesbezirkes Berlin/Brandenburg:

»Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden Sozialtickets für Berlin und Brandenburg«, sagte Susanne Stumpenhuisen, ver.di-Landesbezirksleiterin. Das Sozialticket hat sich in Berlin bewährt, und es ist erforderlich, diese vergünstigte Monatskarte für die öffentlichen Verkehrsmittel auch in Brandenburg flächendeckend einzuführen. Daß dies auch über die Grenzen der Kommunen hinaus funktionieren kann, zeigt die Einführung eines Semester-tickets für Studierende. Die ver.di Landesbezirksleiterin forderte die Landesregierungen beider Länder auf, entsprechende politische Initiativen zu starten.

»Von den Erwerbslosen wird Mobilität gefordert. Insbesondere für die Suche nach Arbeit muß den Erwerbslosen die Möglichkeit offen stehen, öffentliche Verkehrsmittel zu angemessenen Preisen benutzen zu können«, so Susanne Stumpenhuisen. Erwerbslose haben zudem weite Wege zu Behörden zurückzulegen. Mobilität ist daneben auch eine Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Leere Kassen dürfen nicht das alleinige Argument sein, wenn es um die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe von Erwerbslosen geht, die zum größten Teil unverschuldet ihre Arbeit verloren haben.

Brandenburg verfügt zwar über ein gut ausgebauten Verkehrsnetz, dieses kann aber von immer weniger Erwerbslosen und Geringverdienern genutzt werden. Denn der im Rahmen des monatlichen Regelsatzes im Arbeitslosengeld II vorgesehene finanzielle Betrag von 19 Euro für die Benutzung von Verkehrsmitteln reicht nicht aus, um die tatsächlichen Kosten abdecken zu können. »Daher fordern wir die Einführung eines Sozialtickets, daß sich an den Beträgen orientiert, die den Erwerbslosen zur Verfügung stehen. Mobilität muß auch bezahlbar sein«, sagte Susanne Stumpenhuisen.

Gentechnik: Seehofer die Stirn bieten!

Mehr als 30 Umwelt-, Verbraucher-, Bio- und Bauernverbände rufen gemeinsam zu Protesten gegen die Pläne der Großen Koalition zur Änderung des Gentechnikgesetzes auf. Die Verbände befürchten die flächendeckende gentechnische Verunreinigung der gesamten Landwirtschaft. Mit Tausenden gelben Luftballons soll deshalb im September in Berlin der Schriftzug »Genfood – Nein Danke« gebildet werden. Die Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, welche wir weder in Deutschland,

noch sonst wo auf der Welt benötigen. Rot-Grün hat dieser Technologie den Weg nach Deutschland geebnet, aber teilweise hohe Hürden aufgebaut. Schwarz-Rot will nun alle Hürden aus dem Weg räumen. Die AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim und die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag lehnen die Agro-Gentechnik ab und begrüßen die kritische Auseinandersetzung mit den verbraucherunfreundlichen Plänen der Großen Koalition.

CHRISTIAN REHMER, Infos: www.gentechnik-stoppen.de

Viele Eberswalder wollen eine andere Politik

Als »parteiinterner und hinter den Kulissen ablaufender Machtkampf« hatten wir in der BBP 5/2006 die Taktiererei der SPD-Fraktion bei der Bürgermeisterabwahl interpretiert. »Eine neu aufgestellte SPD«, so die Erwartung, »könnte zu den überraschenden Ergebnissen der gegenwärtigen politischen Krise in Eberswalde gehören«. Es spricht für die SPD, daß der vorausgesagte Machtkampf nicht nur hinter den Kulissen ablief. Die Überraschung einer neu aufgestellten SPD Eberswalde blieb allerdings zunächst aus. Die von dem zeitweiligen Bewerber Dr. Andreas Steiner geäußerte Hoffnung, »daß innerhalb der SPD-Ortsvereine Finow und Eberswalde alsbald eine schonungslose Abrechnung von haupt- und ehrenamtlichen Mandatsträgern auf kommunaler Ebene zu ihrer bisherigen und zukünftigen Verantwortung erfolgt und ehrliche und richtungsweisende Schlußfolgerungen daraus gezogen werden«, wird vor der Bürgermeisterwahl kaum erfüllt werden.

Die Polarisierung erfolgte nicht zwischen »altem Filz« und »Erneuerern«, sondern zwischen einer Kikow-Fraktion, die innerhalb der SPD offenbar nach wie vor für die Vertretung Eberswalder Interessen steht, und einer Landratsfraktion. Selbst Kikow-Kritiker in der SPDS Eberswalde hielten den Kandidaten des Landrates offenbar für das größere Übel. Nicht zu Unrecht, blickt man z.B. auf die Rücksichtslosigkeit gegenüber den Interessen der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger im Streit um die Schulentwicklung.

Im aktuellen Bürgermeisterwahlkampf geht es in nicht geringem Maße um den Erhalt der kommunalen Selbstständigkeit Eberswaldes. Die überholte Infrastrukturpolitik des alten Amtsinhabers hat in Verbindung mit seiner Klientelpolitik die Leistungsfähigkeit der Kommune Eberswalde überfordert. Zumal die Transferleistungen rückläufig sind und Bund und Land den Kommunen immer neue Lasten aufrücken. Daß sich die Eberswalder Sozial-

demokraten mit hauchdünner Mehrheit für Engel entschieden, hat wohl mit der Tatsache zu tun, daß der damalige Vizelandrat Engel vor vier Jahren in der sog. »Rettungsdienststaffäre« als Sündenbock herhalten mußte und schließlich vom Landrat als Bauernopfer in die Wüste geschickt wurde (BBP 4/2002 ff). Thomas Engel wäre als Eberswalder Bürgermeister garantiert kein Wurmfortsatz des Landrates. Allerdings bietet er auch keine Alternative zum abgewählten Bürgermeister. Seine inhaltlichen Ambitionen (MOZ, 31. Juli 2006) unterscheiden sich nicht von der bisherigen Politik.

Die Eberswalder CDU ist von solch politischen Ränkespielen, wie es die SPD zelebriert, weit entfernt. Hier wurde schon vor der Abwahl der jetzige Vizelandrat Carsten Bockhardt als Bürgermeisterkandidat präsentiert, obwohl gerade die CDU-Fraktion dem Amtsinhaber lange Zeit die Treue hielt. Erst dessen Alkoholkapriolen am Steuer führten bei der CDU zur 180-Grad-Drehung. Daß die Wahl der CDU-Wahlstrategen auf den Vizelandrat fiel, deutet indes darauf hin, daß Überlegungen zum Erhalt der kommunalen Selbstständigkeit der Stadt Eberswalde bei der Kaderauswahl der CDU keine Rolle spielten.

Für den von der FDP vorgeschlagenen Bürgermeisterkandidaten Friedhelm Boginski sprechen die verbreiteten Sympathien, die ihm als Person und als Schulleiter entgegengebracht werden. Als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung konnte er seine integrativen Fähigkeiten entfalten und den Respekt aller Fraktionen erringen. Seine zum Teil mit rigiden Äußerungen verbundenen Stellungnahmen im Zusammenhang mit dem Schülerstreik an der Albert-Einstein-Oberschule schmälerten allerdings seinen Sympathiebonus, den er bis dato genoß. Plötzlich steht die FDP auch mit ihm als Repräsentanten in der Wahrnehmung vieler wieder als die »Partei der Besserverdienenden« im Vordergrund.

»Bei der Eberswalder PDS ... ist die Neuaufstellung bereits in vollem Gang« wurde in der BBP 5/2006 eingeschätzt. Ausdruck für den neuen Schwung war die Initiative zur Abwahl des alten Bürgermeisters, die von der Fraktion der Linkspartei.PDS ausging. Allerdings ist die inhaltliche Diskussion offenbar noch nicht zu Ende gebracht, auch wenn inzwischen ein Entwurf für das Wahlprogramm vorliegt. Dementsprechend zurückhaltend ist die Eberswalder Linke auch mit ihrem Bürgermeisterwahlvorschlag. Es bleibt abzuwarten, ob es dem Vorstand gelingt, noch einen Kandidaten aus dem Ärmel zu schütteln, der die hochgeschraubten Erwartungen der Parteimitglieder an ihren Bürgermeisterkandidat erfüllt. Eine integre Persönlichkeit soll es sein, möglichst aus der Region aber keinesfalls provinziell, fern der Verwaltung und dem bisherigen Filz aber leitungserfahren und auch in Sachfragen kompetent, führungsstark und kreativ mit zugleich großer sozialer Kompetenz.

Der Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Eberswalde, die am 21. August über den Bürgermeisterkandidaten entscheiden soll, liegt inzwischen auch ein alternativer Vorschlag vor, nach dem die PDS den unabhängigen Bürgermeisterkandidaten Hartwin Schulz unterstützen soll.

Hinsichtlich der persönlichen Integrität genießt Hartwin Schulz besonders bei den sozial Schwächeren und vielen Bewohnern des Brandenburgischen Viertels großes Ansehen. Hartwin Schulz ist nicht nur eine Alternative zu den Parteikandidaten, er steht auch inhaltlich für eine andere Politik. Damit unterscheidet sich Hartwin Schulz von den Kandidaten der SPD, CDU und FDP. Darin liegt seine Chance.

Denn eine andere Politik wollen viele Bürgerinnen und Bürger in Eberswalde. In welche Richtung diese Veränderungen gehen, wird sich am 29. Oktober zeigen.

GERD MARKMANN

SPD zieht mit Thomas Engel in den Wahlkampf

Eberswalde (bbp). Die SPD-Ortsvereine Eberswalde und Finow kürten auf ihrer gemeinsamen Sitzung am Abend des 31. Juli den ehemaligen Vizelandrat Thomas Engel zu ihrem Bürgermeisterkandidaten.

Thomas Engel hatte bereits im Jahr 1995 für die Partei der Grünen als Bürgermeister kandidiert. Damals hatte er das Ziel mit ca. 10 Prozent klar verfehlt. Für die SPD trat damals Christian Trill an, der etwa die doppelte Stimmenzahl von Engel erreichte. Christian Trill, auch diesmal als Bürgermeisterkandidat ins Spiel gebracht, winkte von vornherein ab. Mit Hardy Lux, der zugunsten von Thomas Engel auf eine eigene Kandidatur verzichtete und Dr. Andreas Steiner, der nach Bekanntwerden der Bewerbung von Dr. Adler seinen Verzicht er-

klärte, lichtete sich die Bewerberschar schon im Vorfeld der Wahlversammlung. Zuletzt gab es noch drei Bewerber. Neben Thomas Engel und dem Kreistagsabgeordneten Dr. Gert Adler bewarb sich der Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete Jürgen Kumm.

Die Diskussionen und die Wahl des SPD-Bürgermeisterkandidaten fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Jürgen Kumm zog seine Bewerbung kurz vor der Abstimmung zurück. Die Entscheidung fiel somit zwischen Thomas Engel und Dr. Gert Adler. Mit 24 zu 22 Stimmen votierte eine knappe Mehrheit der Eberswalder und Finower Sozialdemokraten für Thomas Engel.

Engel, derzeit als Amtsleiter im Kreis Oberhavel beschäftigt und Mitglied verschiedener

SPD-Führungsgremien im Land Brandenburg, erhielt dabei die Unterstützung des Stadtfractionsvorsitzenden Peter Kikow setzen. Mit engagierter Rede soll auch die ehemalige Stadtverordnete Marina Pippel für Engel eingetreten sein. Beistand erhielt Engel zudem vom amtierenden Bürgermeister Lutz Landmann.

Der unterlegene Dr. Adler indes konnte sich der Unterstützung durch Landrat Bodo Ihrke erfreuen. Sehr enttäuscht über Adlers Abstimmungsniederlage zeigte sich die Niederbarnimer Bundestagsabgeordnete Petra Bierwirth.



Keine Namen vor der MV

Der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Eberswalde hat sich am 27. Juli intensiv mit den inhaltlichen und personellen Herausforderungen zur Bürgermeisterneuwahl beschäftigt. Neben den Anforderungen an eine transparente bürgernahe Verwaltung wurden Fragen der weiteren Entwicklungen der Stadt mit ihren Ortsteilen diskutiert. Dabei spielte die Gestaltung einer anderen, bürgernahen Haushaltsdiskussion unter Einbeziehung breiter Interessengruppen der Stadt eine besondere Rolle neben den Diskussionen zu einem tragfähigen Leitbild für alle Stadtteile von Eberswalde.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um einen eigenen Kandidaten hat sich der Stadtvorstand entschieden, der Mitgliederversammlung am 21. August einen oder zwei Kandidaten für das Bürgermeisteramt vorzuschlagen. Im Interesse der Bewerber werden Namen vor der Mitgliederversammlung nicht genannt.

MARIA KAUSCH, Linkspartei.PDS Eberswalde

»Wir wollen das System austrocknen«

Die CDU-Fraktion ist mit der Aufforderung an uns heran getreten, Herrn Mocek von der Kreisverwaltung schriftlich zu bitten, den 1. Beigeordneten, Lutz Landmann, von seinem Amt vorübergehend zu suspendieren. Nach reiflicher Überlegung innerhalb der Fraktion und in Abstimmung mit der Vorsitzenden des Stadtvorstandes sind wir zu der Auffassung gelangt, daß wir ein solches Ansinnen zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen.

Dabei geht es uns nicht darum, eventuelle Versäumnisse oder Vergehen des 1. Beigeordneten zu decken. Es gebietet aber die Fairneß, zunächst die Stellungnahmen aus den Fachdiensten zu den Beanstandungen durch den Kreis einzuholen. Hierfür hat sich der Rechnungsprüfungsausschuß und die Stadtverordnetenversammlung einen vernünftigen zeitlichen Ablauf erarbeitet. Danach sollen bis zum 31. August die Stellungnahmen der Fachdien-

ste bei der Verwaltungsspitze eingegangen sein, bis zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 13.9.2006 gesichtet und ausgewertet werden und dann am 21.9.2006 in der Stadtverordnetenversammlung der Bericht an den Kreis verabschiedet werden. Auf dieser Sitzung wird dann auch Gelegenheit sein, um über disziplinarrechtliche und arbeitsrechtliche Schritte zu entscheiden.

Uns erscheint das Ansinnen der CDU-Fraktion, bereits jetzt auf Grundlage von Verdächtigungen und Vermutungen die Suspendierung von Herrn Landmann zu fordern, dem beginnenden Wahlkampf geschuldet zu sein. Uns ist daran gelegen, nicht nur einige Köpfe auszutauschen. Wir wollen das System, das dahinter steckt, austrocknen. Bloßer Aktionismus wird dieses Ziel allerdings zunichte machen.

WOLFGANG SACHSE, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei.PDS in der StVV Eberswalde

Hartwin Schulz – Bürgermeisterkandidat des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde:

»Ja - Eberswalde braucht einen Neuanfang«

Die Aussage von Landrat Bodo Ihrke, Eberswalde brauche einen Neuanfang, lieferte die Schlagzeile für einen entsprechenden MOZ-Artikel zwei Tage vor der Abwahl des Bürgermeisters Reinhard Schulz. Doch was soll das für ein Neuanfang sein? Für Ihrke ist das ein neuer Bürgermeister, der den bisherigen »Erfolgskurs« von Reinhard Schulz fortsetzt. Auch was von den bisher bekannten Bürgermeisterkandidaten der Parteien zu hören ist, läßt keine andere Politik erwarten, bestenfalls eine weichgespülte Untersuchung des Spendenskandals.

Aber Eberswalde braucht einen wirklichen Neuanfang in der Politik der Stadt. Mit diesem Ziel tritt das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« mit seinem Kandidaten Hartwin Schulz zur Bürgermeisterwahl am 29. Oktober an. Der Löwenzahn im Logo des Wahlbündnisses symbolisiert den Willen, verkrustete Strukturen zu brechen, wie es der Löwenzahn mit Beton schafft. Der Löwenzahn ist Symbol, Filz und Günstlingswirtschaft zu überwinden und Neuem zum Durchbruch zu verhelfen.

Dementsprechend will das Bündnis :

- Mehr Demokratie durch Transparenz, Bürgernähe und direkte Bürgerbeteiligung. Für eine saubere Politik im Interesse der Bürger.
- Die Schule muß im Ortsteil bleiben. Nicht Kosten minimieren, sondern hohe Bildung heißt das Ziel.
- Wirtschafts- und Finanzpolitik der Stadt muß ihre Leistungskraft stärken und Arbeitsplätze schaffen. Daseinsvorsorge bleibt in kommunaler Hand.
- Eine ausgewogene Stadtentwicklung mit einem attraktiven Zentrum und lebenswerten Stadtteilen.
- Nachhaltigkeit in der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung. Eberswalde muß grüne



Stadt bleiben und den ökologischen Fortschritt unterstützen.

– Familien, Frauen, Kinder, Jugendliche, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Zugewogene, alle sozialen Gruppen sollen sich in Eberswalde wohlfühlen und integrieren können.

Wer gehört zum Bündnis?

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde ist ein offenes Bündnis. Offen für alle, die sich für einen wirklichen Neubeginn in Eberswalde einsetzen wollen. Zum Bündnis gehören bisher Bürgerinnen und Bürger, die sich in Bürgerinitiativen und Vereinen für die unmittelbaren Interessen der Bürger einsetzen, wie im Aktionsbündnis »Unser Eberswalde«, »Allianz freier Wähler«, »BI Garagen- und Erholungsgrundstücke«, BI »Pro Albert-Einstein-Oberschule«, »Bündnis für den Frieden Eberswalde«, »Bürgerinitiative Pro Finow«, Bürgerinitiative »Märkische Heide«, BKB Regionalgruppe Ebw. (Ostende), (Kupferhammer), (C.-Zetkin-Siedlung), »Eberswalder Montagsdemo«, »Interessengemeinschaft der Mieter« sowie Einzelpersonen.

Wer ist Hartwin Schulz?

Hartwin Schulz ist Dipl.-Sozialpädagoge und arbeitet als Sozialdiakon im evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel. Hartwin Schulz ist überall dort zu finden, wo es um die Belange und Bedürfnisse der einfachen Menschen, und besonders auch der sozial Schwachen geht. Er ist ein parteiloser, links

orientierter Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde und Demokratie. Er steht für friedliche Konfliktlösungen und ist Wehrdienstverweigerer und Gegner von Waffen, von Gewaltanwendung und Gewaltverherrlichung. Das waren seine Positionen vor und sind sie nach der Wende. Sein Entschluß für eine Bürgermeisterkandidatur reifte im unmittelbaren Kampf um die Erhaltung der Albert-Einstein-Schule und der Kita Spatzennest.

Während die politischen Parteien bei der Kandidatensuche Verwaltungserfahrungen in den Mittelpunkt stellen, sehen die Mitglieder des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« vor allem die menschlichen Qualitäten und Lebenserfahrungen von Hartwin Schulz als beste Voraussetzungen für das Amt. Seine bisherige Verwaltungsferne ist eine gute Vorbedingung für die lückenlose Aufklärung der Spendenaffäre und anderer Rechtsverletzungen der Verwaltung einerseits und für eine unbelastete Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Verwaltung andererseits. Vor allem ist von Hartwin Schulz größtes Verständnis für die Interessen und Probleme der Bürger, Bürgernähe und Bürgerbeteiligung zu erwarten.

Die etablierten Parteien hatten ihre Chance und tragen die Mitverantwortung für die schwierige Lage der Stadt, für den prekären Haushalt, für Filz und den Verlust von Demokratie. Der neue Bürgermeister übernimmt eine schwere Aufgabe. Dazu benötigt er eine breite demokratische Unterstützung aus der Bevölkerung.

Helfen Sie uns und dem Bürgermeisterkandidaten Hartwin Schulz (Tel.: 0170/ 6290729, Fax: 03334/38 36 8 16, eMail: kontakt@ihrhartwin.de, Internet: www.ihr-hartwin.de).

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Kontra Verschleppungstaktik

Die Mühlen der Verwaltung mahlen langsam. Das um so mehr, wenn das Wasser von den Mühlen genommen wird. Mahlgut ist überreichlich vorhanden und eine ganze Stadt wartet auf das Ergebnis. Aber die Müllerburschen haben ganz andere Interessen und lassen das Mahlwerk leer laufen. Ein hoch brisanter Bericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes, dazu die Auffindung eines Nachweises der Vorteilsannahme (strafbar nach § 331 StGB) und der damit verbundenen Günstlings- und Vetternwirtschaft mußten Veranlassung für eine unverzügliche Untersuchung und Festlegung von Schlußfolgerungen sein.

Nach nunmehr sechs Wochen nach diesen Feststellungen ist noch nichts Nennenswertes geschehen. Schlußfolgerungen haben bisher nur die Wähler gezogen, die stärker als erwartet am Bürgerentscheid zur Abwahl des Bürgermeisters teilgenommen und diesem eine Abfuhr erteilt haben. Eine Sitzung des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses und eine Sondersitzung der StVV zu diesem Thema haben die anstehenden Probleme nur zur Kenntnis genommen, eingebrachte Entscheidungsvorschläge in die Ausschüsse verwiesen und einen Zeitrahmen abgesteckt, der als Verzögerungstaktik erscheint. Der Verwaltungsspitze, die den Bericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes seit dem 2. Mai auf dem Tisch hat(!), wird Zeit gegeben, bis zum 31. August die Stellungnahmen der Fachdienste einzuholen, die dann bis zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 13. September gesichtet und ausgewertet werden sollen. Eine Woche später soll der Bericht an den Kreis dann in der StVV verabschiedet werden.

Was dann an Stellungnahmen der Fachdienste und der Verwaltungsspitze angesichts der eigenen Verstrickungen zu erwarten ist, ist leicht vorstellbar. Fundierte Schlußfolgerungen mit disziplinarrechtlichen und arbeitsrechtlichen Konsequenzen sowie Schadenshaftungsansprüche an die eigene Adresse werden wohl nicht dazugehören. Weisen die Stadtverordneten den Bericht zurück, dann ist der Termin 30.09.06 für den Bericht an den Kreis nicht zu halten. Es drängt sich der Gedanke auf, daß das Thema Spendensumpf nicht mehr vor der

Neuwahl des Bürgermeisters am 29.10.06 abgeschlossen werden soll, um den Wahlkampf zu entlasten. Daß die Verstrickung der Verwaltungsspitze in den Spendenskandal der kritischen Auseinandersetzung abträglich ist, war einer der Gründe für die Bestrebungen zur Suspendierung bzw. Abwahl des derzeitigen amtierenden Bürgermeisters. Ob und wann es dazu kommt, ist ungewiß. Unabhängig davon wäre unverzüglich die Aufarbeitung des Spendenskandals unter Leitung eines unabhängigen Beauftragten erforderlich. Es kann nicht sein, daß der amtierende Bürgermeister Landmann öffentliche Erklärungen in dieser Sache abgibt obwohl er neben dem Exbürgermeister selbst Beschuldigter im Ermittlungsverfahren ist.

Besteht überhaupt die reale Chance, die auf 189 Seiten des Berichtes des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes dargestellten Fälle der Ordnungs- und Rechtsverletzungen im Einzelnen zum Gegenstand der Beschlußfassung in der Stadtverordnetenversammlung zu machen? Dürfen die Stadtverordneten auf die Richtigkeit einer Stellungnahme der Stadtverwaltung zu ihren eigenen Fehlern vertrauen? Laut Landmann hat die Verwaltung mehrere Arbeitsgruppen zur Aufarbeitung des Spendenskandals gebildet. Notwendig wäre aber, daß ein unabhängiger Beauftragter den Prozeß der Aufarbeitung leitet. Dazu müßte aber ein entsprechender Beschluß der StVV gefaßt werden, was wiederum eine Sondersitzung erfordert, wenn die Aufarbeitung nicht bis zum 21. September warten soll.

Eine Möglichkeit wäre auch die Bildung eines Arbeitskreises, in dem nicht nur Abgeordnete, sondern auch Bürger der Stadt beteiligt sind. Die Beratungen müssen öffentlich sein und die Ergebnisse öffentlich gemacht werden, soweit nicht Rechte Dritter berührt sind.

Ein Kriterium der Bürger für die Wahl des neuen Bürgermeisters sollte sein: Welche Rolle spielte der Kandidat bis zum Wahltag am 29.10. bei der Aufarbeitung des Spendenskandals und der Herstellung der Ordnungsmäßigkeit in der Verwaltung. Da haben die Kandidaten der Parteien bisher ganz schlechte Karten. Es wird Zeit, Wasser auf die Mühlen zu geben.

ALBRECHT TRILLER

Für Akteneinsicht abgestraft

Die Ereignisse der letzten Wochen in Eberswalde haben sich überschlagen. Der Spendenskandal nahm einen dramatischen Lauf durch die Medien. Schien die Abwahl des Bürgermeisters zunächst noch außerordentlich fraglich, – die Durchführung des Bürgerentscheides war nur mit der Mindeststimmzahl der Stadtverordneten beschlossenen worden – war sie plötzlich eine Selbstverständlichkeit. Fast 10.000 Wähler stimmten für die Abwahl.

Die politische Stimmung der Stadt wendete sich in dem Moment, als bekannt wurde, daß im Zusammenhang mit dem Verkauf der städtischen Anteile sogenannte »Spenden« geflossen waren. Die »Spenden« waren nichts anderes als Teile des Kaufpreises, der für die Geschäftsanteile zu zahlen gewesen wäre – zurückzuzahlen, wenn der Anteilsverkauf nicht rechtskräftig geworden wäre. Die Aufdeckung dieser Straftat, die die Beschlagnahme von Unterlagen im Rathaus zur Folge hatte, und zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens führte, war das Ergebnis einer Akteneinsicht, bei der ein entsprechender Beweis gefunden wurde.

Die falschen »Spenden« flossen auf ein besonderes Konto bei der Stadt, über das sich der Bürgermeister die alleinige Verfügung vorbehielt, mit Wissen und Tolerierung der übrigen Verwaltungsspitze. Diese Gelder wurden nach Gutdünken des Bürgermeisters oft für recht fragwürdige Zwecke eingesetzt und bedienten ein System von Abhängigkeiten und Begünstigungen. »Eberswalde braucht einen Neuanfang« riefen nun alle, die das Spiel bisher mitgemacht und/oder geduldet hatten, den Landrat eingeschlossen. Erste Vorlagen und Entscheidungsvorschläge, wie dem Spendenskandal zu begegnen wäre, wurden in die Ausschüsse verwiesen und damit bis September vertagt.

Aber eine Schlußfolgerung wurde sofort gezogen: der Entdecker des Beweises für die Straftat erhielt drei Tage später vom Fachdienst Finanzen eine Rechnung über 89,60 Euro Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der von ihm durchgeführten Akteneinsicht. Einen Widerspruch dagegen wies der amtierende Bürgermeister zurück. Er ist es den Bürgern der Stadt gewiß schuldig, nicht einfach auf mögliche Einnahmen zu verzichten.

ALBRECHT TRILLER

StVV-Gremium soll Spendenpraxis aufarbeiten

Eberswalde (bbp). Die Beanstandungen im »Bericht zur überörtlichen Prüfung der Stadt Eberswalde« unterscheiden sich nach Einschätzung der Stadtverwaltung kaum von jenen, die bei den Prüfungen anderer Gemeinden auftreten. Mit Ausnahme der Spendenpraxis.

Um künftig einen Mißbrauch zu verhindern, soll eine Spendenrichtlinie mit verbindlichen Vergabe- und Abrechnungsmodalitäten erarbeitet werden. Die Befugnisse zur Annahme und Auszahlung der Spendengelder werden an

einer zentralen Stelle konzentriert. Damit gibt es auch keine separate Spendenverwaltung im Tierpark mehr. Zweckgebundene Spenden sollen in den Haushaltsstellen der entsprechenden Fachbereichen verbucht werden. Die Sammlung der Spenden an einer Stelle, auf die der Bürgermeister unkontrolliert zugreifen kann, wird es nicht mehr geben. Geprüft werde derzeit, inwieweit bei zweifelhafter Spendenverwendung eine Rückforderung durchsetzbar ist. Arbeitsrechtliche Konsequenzen sind ge-

genwärtig nicht vorgesehen. Gegen einen Beamten sei eine Mißbilligung ausgesprochen worden. Organisatorische Änderungen gibt es im Bereich Regiebetrieb/Tierpark. Schließlich soll auf Vorschlag des amt. Bürgermeisters Lutz Landmann die StVV ein spezielles Gremium (z.B. den Rechnungsprüfungsausschuß) beauftragen, das sich in den kommenden Monaten ausführlich mit der Aufarbeitung der dubiosen Spendenpraxis der vergangenen Zeit und der anderen Vorwürfe befassen soll.

Von den Mandarinern Ih und Schu in der Provinz Bar-Nimm

Übertragung aus dem Chinesischen von Rolf Richter

Die folgende Erzählung erscheint uns seltsam und unglaublich, weil die beschriebenen Verhältnisse nicht unseren Gewohnheiten entsprechen. Sie sollen aber in China zu der Zeit, als der Mandarin Ih die Provinz Bar-Nimm regierte, wirklich geherrscht haben. Zur Erklärung: Käscht ist eine alte chinesische Münze. Die merkwürdige Bezeichnung »Nehmer« hängt wahrscheinlich mit dem Provinznamen Bar-Nimm zusammen.

Zu jener Zeit, als die Provinz Bar-Nimm im Reich China von dem Mandarin Ih regiert wurde, setzte man Herrn Schu als Mandarin in der Stadt E-Weh ein. Wie in China üblich, wollte Herr Schu seine neue Würde nutzen, um reich zu werden. Das wollten auch seine Freunde vom Klub der Nehmer, und sie beschlossen, gemeinsam dafür zu arbeiten.

Zunächst sorgte Schu dafür, daß ein Nehmer namens Pe-pih aus dem Nachbarstaat Au für die eine Dschunke, die auf dem kaiserlichen Kanal öfter nach E-Weh kam, einen schönen Hafen baute. Dafür ließ ihm Schu aus der kaiserlichen Steuerkasse zwanzigtausend Käscht Silber. Pe-pih baute davon seiner Frau einen hübschen Gartenpavillon. Als das herauskam, floh er zurück nach Au, und in E-Weh bekam man weder ihn noch das Geld jemals wieder zu Gesicht. Das war nicht gut für Herrn Schu, denn man flüsterte, er hätte an dem Gaunerstück mit verdient, und selbst der Kaiser runzelte ein wenig die Stirn, als er davon hörte.

Aber seine Freunde vom Klub der Nehmer, die Obernehmer Po und Pe, hingen in Treue an Herrn Schu, der ihnen öffentliche Aufträge gab, an denen sie verdienen konnten. Zum Beispiel durfte Herr Pe selbst die goldenen Türklinken an der städtischen Pagode putzen, und das wurde wirklich nicht jedem erlaubt. Dafür zahlten die Nehmer Herrn Schu Abgaben, und diese Spenden verteilte dieser an seine Freunde und solche Leute, die er sich zu Freunden machen

wollte, ganz so, wie das auch der Kaiser im Staat China tat. Natürlich gab es einige arbeitslose Tagelöhnerin der Stadt E-Weh, die unzufrieden waren und murrt. Aber Herr Ki, der für die Tagelöhnerpartei im Rat saß, wurde von Herrn Schu als Aufseher des Hafens bestimmt. Wegen der einen Dschunke hatte er damit nicht viel Arbeit, aber ein wenig Verdienst. Herr Ki sorgte deshalb dafür, daß es der Rat nicht an der nötigen Aufmerksamkeit gegen den Mandarin fehlen ließ. Seine Freunde und die Partei der Nehmer im Rat besorgten eifrig das vorgeschriebene tägliche Verbeugen und Händeklatschen vor Herrn Schu.

Dem Mandarin Ih von der Provinz Bar-Nimm gefiel das nicht wenig, obwohl er kein besonderer Freund des Herrn Schu war. Auch Ih sorgte dafür, daß ihm sein Rat genügend Gehorsam und Ehrerbietung erwies, so daß er diesen gewissermaßen als ein schmückendes Ornament an seinem Amtskleid betrachten konnte. Auch die Freunde des Herrn Ih sorgten für das Wohl der Nehmer und gaben dafür gern die kaiserlichen Gelder her.

Wenn sie dabei zu gierig waren und die Kassen allzu sehr leerten, dann dachten sie darüber nach, wo sie an anderen Ausgaben sparen könnten. So befahl Herr Ih, einige der Scheunen zu schließen, die den Kindern der Stadt E-Weh als Schulen dienten. Er mußte sie nun nicht mehr reparieren lassen und konnte sie an die Bauern verpachten, was Geld in die Kasse

brachte. Auch sparte Herr Ih das Futter für die kaiserlichen Esel, die bisher die Kinder kostenlos zur Schule gebracht hatten, und befahl, daß die Bauern die Tiere selbst füttern sollten.

Der Kaiser sah es gern, daß den Seidenmalern, Jade- und Lackschnitzern ein wenig geholfen würde, damit sie nicht hungern müßten. Denn er meinte, das würde das Ansehen Chinas in der Welt erhöhen. Man nannte diese Fürsorge »Ku-Fö«, das heißt auf deutsch Kulturförderung. Aber die Freunde des Herrn Ih dachten, daß es zu viele Seidenmaler, Jadeschnitzer und Flötenbläser in der Provinz Bar-Nimm gäbe und daß man das schöne Geld besser zugunsten der Nehmer verwenden sollte.

Nun war das nicht so einfach, denn für Ku-Fö gab es eine besondere Behörde. Die mußte Herr Ih in der Provinz Bar-Nimm erst abschaffen. Außerdem sollten wenigstens auf den Jahrestreffen der Nehmer einige Künstler zur Unterhaltung Flöte blasen und Gong schlagen, so daß Herr Ih dem Kaiser berichten konnte, daß es in Bar-Nimm auch weiterhin Ku-Fö gäbe.

Durch diese klugen Maßnahmen sparte Herr Ih soviel Geld, daß er sich einen großen Mandarinenpalast erbauen lassen konnte. Besonders eifrig warb Herr Pe für diesen Bau, denn er sah schon die vielen Käscht vor sich, die er daran verdienen wollte.

So regierte Herr Ih erfolgreich in Bar-Nimm und stand in hohem Ansehen bei seinen Freunden, den Nehmern.

1000 Mann und ein Befehl

Wie man 20 Mio Euro Steuergelder verwaltet

Ich wußte gar nicht das es ausgerechnet in MeckPom so viele »systemnahe Mitbürger« gibt – wenn es so ist, wie es die Presse und verlogene Regierung behauptet, sind diese Menschen eine Schande für jeden Ossi. Oder habe ich was verpaßt? Gibt es eventuell in MeckPom die doppelte Menge ALG-2 pro Kopf?

Naja, 20 Millionen Euro Steuergelder für eine Grillparty, wo der größte Kriegstreiber der Neuzeit die Hauptattraktion ist, und versiegelte Fenster und Türen die ungetrübte und hochgelobte FREIHEIT der BRD widerspiegeln – und dann das falsche SCHWEIN am Spieß! Ich hoffe nur das Frau Merkel ihrem Freund Bush wenigstens erklärt hat, daß das, was hier als Ossi bezeichnet wird, bei ihm daheim Indianer heißt. Wenn nicht ist auch egal – jedenfalls hatten die 1000 Mann aus Pullach einen schönen Betriebsausflug – und die 20 Millionen Euro bekommt man schnell durch Senkung der ALG-2 Beträge wieder rein.

DGIRMY

Wachstumskern mit Flughafen?

Anfang August stellte die Verwaltungsspitze der Stadt Eberswalde ihre Vorstellungen zum »Wachstumskern Eberswalde« vor. Unter den genannten acht Schlüsselprojekten taucht wieder das sogenannte Flughafenprojekt auf. Seit Abzug der GUS wurde den Eberswaldern in allen möglichen schillernden Varianten der Segen eines Flughafens in Finow vorgegaukelt. Erst als 14 Tonnen- dann als 20/30 Tonnen-, jetzt als 85 Tonnen-Variante im Tag- und Nachtflug für Geschäfts- Passagier- sowie Frachtflug.

Die 85 Tonnen-Version in Finow entspricht nicht einmal den landesplanerischen Absichten. Geplante Millionen Passagiere in Finow können nur in Konkurrenz zu Schönefeld aus der Großstadt Berlin kommen. Wer glaubt da noch an öffentlicher Förderung?

Der letzte Flughafenmessias, Josef Brandstetter, bekam dank der Einwendungen der Anwohner nicht einmal eine Genehmigung für 20- und 30 Tonnen-Flugzeuge.

Dem Ex-Bürgermeisterfreund und jetzt mit Haftbefehl gesuchten Brandstetter war aber in Eberswalde der große Coup gelungen. In einer Art »Freundlwirtschaft« Eberswalder-Salzburger Machart durfte er sich 3,25 Millionen DM in die Tasche stecken. Der Bürgermeister und die Abgeordnetenmehrheit waren gierig auf den großen Flughafen. Damit war ihnen der Blick verstellt auf die im Gegenzug zu erbringenden Leistungen des Flughafenentwicklers. Die Brandstetters investierten dann auch nicht in den Flughafen sondern in ein Privathaus.

Das alte Sprichwort, daß der Fisch immer am Kopf zu stinken anfängt, bestätigt sich in Eberswalde auf ganz eigenartige Weise bis zum jetzigen Korruptions- und Spendenskandal.

Deshalb werden wir betroffene Bürger auch keinen Bürgermeister wählen, der sich die Unternehmerinteressen auf die Fahne geschrieben hat und weiter mit dem Ausbau des Flughafens Finow gaukelt.

THOMAS GILLES

Ein Brief an den Präsidenten

Zum Thema: In Brandenburg wird das Wasser knapp

Es geht nicht um einen Brief an Horst Köhler, den Bundespräsidenten. Von ihm können wir – zuständigkeitshalber – keine Antwort zu diesem Problem erwarten. Die erhoffen wir von Prof. Freude, Präsident des Landesumweltamtes. Deshalb haben wir den Brief geschrieben.

Darin steht für ihn, den »Insider«, wie das wohl jetzt auf neudeutsch heißt, wohl kaum viel Neues. Er weiß natürlich, daß die Schorfheide weiter leer läuft, die Eichen bald kein Wasser mehr finden werden, die Waldseen, Moore, der Spreewald austrocknen und, und...

Wir haben ihn aber daran erinnert, daß die Landesregierung viel zu wenig tut, um das Wasserproblem zu lösen. Wir haben ihn auch daran erinnert, daß die Mächtigen im Lande – hier das Umweltministerium, die Kreisverwaltungen und besonders die sog. Aufgabenträger, also die Wasserver- und -entsorger nichts tun, um der Trockenheit und der Wasserverschwendung Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil!

Den alarmierenden Tatsachen stehen Verhaltensweisen gegenüber, welche die Probleme weiter vergrößern. Dazu haben wir Prof. Freude drei Beispiele aufgeschrieben:

- Wasserversorger dürfen hemmungslos für eine Erhöhung des Wasserverbrauchs werben
- Die Gebührensysteme mit ihren unverhältnismäßig hohen (verbrauchsunabhängigen) Grundgebühren belohnen die Wasserverschwender
- Wer durch Mehrfachnutzung des von ihm bezogenen oder auch selbst geförderten Wassers (dezentrale Aufbereitung, Kreislauf-führung, gartenbauliche Nutzung) richtig viel Trinkwasser spart, der wird, wenn irgend durchsetzbar, mit der Keule »Anschluß- und Benutzungszwang« daran gehindert und gar der »Verklappung« angeblich vorhandenen Abwassers bezichtigt.

Gleichzeitig sind der Raubbau an Grundwasser durch die Aufgabenträger (das sind die Wasser- und Abwasserverbände) und die systematische Verschmutzung der Gewässer durch undichte Kanäle und Klärwerksabwässer »kein Thema«! Natürlich weiß das Prof. Freude. Wir hoffen, daß er hierzu durchaus eine andere Auffassung hat. Wir hoffen, daß er seinen Einfluß als »Chef« der Fachbehörde geltend macht und der Abteilung Wasserwirtschaft im Mini-

sterium den Ernst der Situation klar macht. Der Abteilungsleiter Wasserwirtschaft im MLUR wiegelt seit Jahren ab. Er teilt uns immer wieder über zahlreiche Presseartikel mit, daß wir nur einen Bruchteil des Grundwasserdargebots nutzen. Sachkundige Gegendarstellungen über eingesandte Leserbriefe werden in der gleichen Presse unterschlagen. Das gipfelt dann in so einer Floskel wie zum Beispiel: »Wasser sparen ja, aber nicht um jeden Preis«. Gemeint ist aber der »Preis« des Rückganges der Einnahmen der Wasserversorger, die durch eine völlig verfehlte Investitionspolitik, unterstützt von der euphorischen Nachwenderegierung, entstanden ist und nun auf die Bürger abgewälzt wird. Eine solche Einstellung ist aus sozialpolitischer, ökologischer und wasserwirtschaftlicher Sicht nicht hinnehmbar. Ein maßgeblicher Mann mit solchen Ansichten im Landesministerium ist nicht länger tragbar.

Man wisse: Der bereits gezahlte Schuldzinsenbetrag für die wild gewachsenen Fehlinvestitionen hat in seiner Summe schon den Darlehensbetrag überschritten, ohne daß dieser auch nur 1 Cent geringer geworden ist, d.h. Profiteure sind die vor allem in den westlichen Bundesländern beheimateten Banken.

Mit Hinweis auf die TU-Tagung zur Wasserversorgung in Ballungsräumen im Juli 2006 in Berlin haben wir Prof. Freude folgende Frage gestellt: Welches Recht haben wir Deutschen, den Bürgern anderer Länder und Erdteile etwas über den Umgang mit Wasser zu dozieren und gleichzeitig »zu Hause« nichts gegen Wasserverschwendung zu tun? Veranstalter und Referenten solcher Tagungen müssen sich mit Hinweis auf die Situation in Deutschland wohl den Vorwurf der Heuchelei gefallen lassen.

Wir haben Prof. Freude aufgefordert und gebeten, angesichts anhaltender Hitze und Trockenheit dem nachhaltigen Umgang mit Wasser im Land Brandenburg seine verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Nun warten wir auf Antwort.

Die landesweit aktive Bürgerbewegung und das Netzwerk »Wasser in Bürgerhand« (W!B) wird ihm bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen ein unterstützender und dankbarer Partner sein.

HELMUT BRAUNSCHWEIG
und JOHANNES MADEJA

Studie zur regionalen Beschäftigungspolitik

Auch in der Arbeitsmarktpolitik wartet unser Land weiter auf den großen Wurf. Allein in der Region Berlin-Brandenburg fehlen rd. 650.000 Arbeitsplätze. Immer mehr Menschen leben von der Hand in den Mund oder brauchen zwei Jobs für's Überleben. Das sog. Hartz-Konzept erwies sich schlichtweg als arbeitsmarktpolitischer Flop. Grund genug, den Din-

gen auf den Grund zu gehen und arbeitsmarktpolitische Ideen zu präsentieren. Dazu hat der Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Dieter Scholz eine Studie zur regionalen Beschäftigungspolitik vorgestellt, die vom Arbeitsmarktforscher Dr. Karsten Schuldt erstellt wurde.

EDITH HIRSCHBERGER, DGB Berlin-Brbg.

Wasser in Bürgerhand – W!B

Gerichtsurteile verstehen

Heute geht es um ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom 23.02.1999 (Az. : IX R 61/96) in einem Revisionsverfahren. Das Grundstück der klagenden Eheleute wurde durch die Gemeinde an den öffentlichen Abwasserkanal angeschlossen. Die Kosten, Erschließungs- und Anschlußbeitrag in Höhe von 13.226 DM, wollten die Eheleute als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung von der Steuer absetzen. Das Finanzamt akzeptierte aber nur die Hälfte des Anschlußbeitrages, 1429 DM. Einspruch und Klage beim Finanzgericht (FG) blieben zunächst erfolglos.

Das Urteil des Bundesfinanzhofs lautet: Die Revision ist begründet. Gemäß §126, Abs. 3 Nr. 1 der Finanzgerichtsordnung (FGO) ist die Vorentscheidung aufzuheben und die Einkommensteuer antragsgemäß herabzusetzen. Das FG begründete seine Entscheidung zu Unrecht damit, die Errichtung des Abwassersiedels diene der Baureifmachung des Grundstücks und erhöhe dessen Wert, weil die Nutzbarkeit des Grundstücks »ganz allgemein« erweitert werde. Der von den Klägern geleistete strittige Erschließungsbeitrag (das Urteil spricht von Siedelbeitrag) ist als Werbungskosten bei ihren Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abzuziehen, weil der neu errichtete öffentliche Abwasseranschluß die bisher auf dem Grundstück vorhandene Abwasserentsorgung lediglich in moderner Form ersetzt. Es ergeben sich keine Anhaltspunkte, daß das bereits bebaute und bewohnte Grundstück der Kläger in seiner Bebaubarkeit oder sonstigen Nutzbarkeit tatsächlich wesentlich verbessert worden ist.

Welche Bedeutung hat dieses Urteil für uns? Hier sind zwei Dinge besonders wichtig:

1. Der Wert eines Grundstücks wird nicht zwangsläufig erhöht, wenn es, etwa anstelle einer bisher vorhandenen Sickergrube, einen Anschluß an einen öffentlichen Abwasserkanal erhält. Es fehlt das Merkmal der »wesentlichen Verbesserung«. Diese Behauptung der Aufgabenträger, oft sogar festgeschrieben in den Satzungen der Zweckverbände, ist falsch. Sie gilt jedenfalls nicht allgemein, kann jedoch im Einzelfall zutreffen.

2. Erschließungs- und Anschlußbeiträge kommen als »Werbungskosten« in Frage und man sollte sie geltend machen. Auch wenn das Finanzamt oder gar ein Finanzgericht hier anderer Auffassung sind.

Grundstückseigner, die keine Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung haben oder keine Steuern zahlen, können natürlich nichts »von der Steuer absetzen«. Sie können aber geltend machen, daß sie durch den Anschluß keinen Vorteil haben. Warum sollen sie zahlen für eine Maßnahme, von der sie keinen Vorteil haben? Damit entfällt das wichtigste Argument derjenigen, die am liebsten auch in kleinsten Dörfern einen Kanal legen wollen.

JOHANNES MADEJA

»Ich habe nichts mehr zu verlieren«

Ich habe festgestellt, daß ich aufgrund üppiger lebenserhaltender Maßnahmen, kurz – Schwarzarbeit – schon lange keine politische Meinung mehr geäußert habe. Ich möchte dies jetzt aus aktuellem Anlaß nachholen.

Man sagt, die Geschichte wiederholt sich – in einem freiheitlichen Rechtsstaat sogar schon nach 70 Jahren – »Die Welt zu Gast bei Freunden« gab es 1936 auch in Deutschland und schon damals wehten viele Fahnen – einen Zwangsarbeitsdienst kannte man auch. Leider wurden die Gäste später deportiert und der Arbeitsdienst zentral aus KZ's organisiert. Wenn sich heute Politiker in Deutschland ungestraft zum Zwangsarbeitsdienst für ALG2 Empfänger äußern dürfen wird es nur eine Frage der Zeit sein wenn man ALG2 Empfänger in KZ's bringt (es muß ja nicht der Reichstag brennen ein Arbeitsamt tut es auch) um die Kosten für diesen »gesellschaftlichen Abschaum« unter Kontrolle zu bringen.

Ich stehe nach wie vor dazu, daß ich weder die Verfassung noch das Grundgesetz der BRD anerkenne – die Aberkennung von 18 Monaten meiner Rentenanwärterschaft aufgrund meines Grundwehrdienstes bei den Grenztruppen der DDR bestärkt mich darin, daß man mich bestrafen will, weil ich auf der falschen Seite der Elbe aufgewachsen bin.

Ich hoffe, daß es noch den Geist derer gibt die 1953 wegen einer Normerhöhung bereit waren, sich vor russische Panzer zu werfen. Als Träger der Schützenschnur mit Eicheln bin ich mir sicher das ich immer noch gut mit der AK-47 umgehen kann und erwarte sehnsüchtig den Tag wo ich das auf deutschem Boden unter Beweis stellen kann – für das erste Magazin muß ich nicht mal lange überlegen. Ich hätte nie gedacht das ich einmal Stolz sein werde DDR-Bürger und speziell Angehöriger der Grenztruppen der DDR zu sein.

Ich habe mir die Mühe gemacht meine Lohnscheine und Steuerbescheide auszuwerten und kann danach noch bis Februar 2007 einen Satz von 298 Euro vom Staat beziehen ohne schlechtes Gewissen – soviel habe ich noch gut, was ich mal als Steuerzahler abgedrückt habe. Die Zeit ist reif – Widerstand wird zur Pflicht!

PS: Ich bin mir vollkommen darüber im Klaren das die Möglichkeit besteht das irgendeine bundesdeutsche Nachfolgeorganisation der GESTAPO diesen Brief liest. Euch Arschlöchern sei gesagt, ich habe nichts mehr zu verlieren, mein Haß auf diesen Staat ist größer als die Angst vor »Umerziehungsmaßnahmen«.

DGIRMY

Beratung für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Forderung an den DGB:

Konstruktive Erwerbslosenpolitik

»Die Würde des Menschen ist unser Maßstab«, war das Motto des 18. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der vom 22.-26. Mai in Berlin tagte. Was aber folgte aus diesem Motto für die Organisation? Offenbar nicht viel.

Dabei fing alles recht vielversprechend an: Der Berlin-Brandenburger DGB-Bezirksvorstand hatte beantragt, Erwerbslosenpolitik in die Satzung aufzunehmen und der Gewerkschaftsrat von ver.di wollte Erwerbslosengremien und -konferenzen auf allen Ebenen installieren. Doch der geschäftsführende Bundesvorstand und die Antragskommission machten bereits im Vorfeld des Kongresses diesem Ansinnen einen Strich durch die Rechnung, indem sie den Delegierten zwei organisationspolitische Anträge zur Erwerbslosenpolitik zur Nichtbefassung oder Ablehnung empfahlen.

Bei der Abstimmung konnten sich die Delegierten bedauerlicherweise nicht durchringen, die Erwerbslosenpolitik in die Satzung aufzunehmen. Erwerbslosenpolitik ist also immer noch nicht im Leit Antrag des DGB verankert. Speziell das Kapitel zur Hartz-IV-Revision ist kaum geeignet, die Würde von Erwerbslosen zu verteidigen. So heißt es darin ganz lapidar: Es gäbe »Webfehler im System«. Jedoch geht es bei Hartz IV nicht nur um schlichte Webfehler, sondern um das System selbst. Die Hartz-Gesetze haben den Betroffenen nichts gebracht. Deshalb gehören sie ohne wenn und aber in den Papierkorb. Dazu sollte sich auch der DGB endlich bekennen.

Eiskalt läuft es den Betroffenen den Rücken herunter mit Blick auf den Gesetzentwurf der großen Koalition »zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende«. Dieser ist entwürdigend, weil die vorgeschlagenen Maßnahmen wie eine »Stallpflicht« für Arbeitslose und die Durchleuchtung ihrer Konten Betroffene zu »Häftlingen im offenen Vollzug« machen. Gespart werden soll also weiterhin auf dem Rücken von Benachteiligten.

Leider haben die Gewerkschaftsspitzen die ganze Sache seinerzeit mit Vertretern in der Hartz-Kommission »sozialpartnerschaftlich begleitet« und scheuen sich nun davor, eine deutlich kritischere Haltung einzunehmen, gravierende Fehler einzugestehen und nun die Wendung um 180° zu vollziehen. Sie werden aber nicht drum herum kommen. Denn die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Folgen von einem Jahr Hartz IV sind verheerend – und der Flächenbrand geht weiter.

Der nun zum Kongreß vorliegende Leit Antrag zur Arbeitsmarktpolitik beinhaltet nur Wischiwaschi-Formulierungen. Im Leit Antrag zur »Organisationspolitik und Weiterentwicklung des DGB« kommen Erwerbslose nicht ein einziges Mal vor. Offensichtlich werden sie im DGB

als nicht-relevante Personengruppe betrachtet. Zum Teil wird von Hauptamtlichen gesagt, das sei Sache der Einzelgewerkschaften. Von denen hat aber nach unserem Kenntnisstand nur ver.di eine Erwerbslosenrichtlinie. In der IG Metall zum Beispiel gibt es lediglich eine Richtlinie zu außerbetrieblicher Gewerkschaftsarbeit, die auch Senioren umfaßt. Aber auch bei ver.di werden – trotz Verankerung der Erwerbslosenarbeit in der Satzung – Budgetkürzungen vorgenommen.

Im Leit Antrag des DGB wird u.a. gefordert, die Regelsätze für ALG-II-Bezieher auf »ein armutsfestes Niveau« anzuheben, ohne dabei konkrete Zahlen zu nennen. Hier sollte der DGB klare Hausnummern benennen. Beispielsweise treten die ver.di-Erwerbslosenausschüsse auf allen Ebenen dafür ein, zumindest die Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von 420 Euro plus Wohnkosten einschließlich der künftigen dreiprozentigen Mehrwertsteuerhöhung zu unterstützen.

Einiges muß geändert werden, damit sich Erwerbslose in den DGB-Gewerkschaften richtig aufgehoben fühlen. So sollte der DGB endlich deutliche Signale aussenden, daß sozial Benachteiligte – und dazu zählen nicht nur ALG-II-Empfänger, sondern auch Niedrig- und Armutslöhner – einen Platz in den Einzelgewerkschaften haben und diese nicht nur für die klassischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da sind. Dazu bedarf es aber klarer inhaltlicher Aussagen, u.a. und insbesondere für den Osten Deutschlands zu den Themen »existenzsicherndes Mindesteinkommen« und »Strukturpolitik«. Erwerbslose dürfen nicht nur als Kostenfaktor, sondern müssen als wichtiger Bestandteil der Organisation wahrgenommen werden. Als Erwerbslose innerhalb der Gewerkschaften geht es uns nicht darum, alle möglichen großen Gremien zu besetzen. Wir wollen aber, daß bei Entscheidungen zu arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen unsere Erfahrungen als auch unsere Sach- und Fachkompetenz einfließen. Denn wir haben immer wieder das Gefühl, zum Teil alibimäßig mißbraucht zu werden, wenn es darum geht, Demonstrationen und Kundgebungen zu beschicken, wo wir uns die großen Sprechblasen der hauptamtlichen Funktionäre anhören können, während wir im täglichen Leben der Organisation bislang so gut wie keine Rolle spielen. Es gibt aber auch positive Beispiele, wie beim ver.di-Bezirk Berlin und dem hiesigen Koordinierungskreis gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen, wo die Zusammenarbeit mit dem Apparat sehr gut läuft. Das zeigt: Es geht auch anders.

Deshalb unsere Forderung an den DGB: Ein klares Votum gegen Hartz IV und die Aufnahme der Erwerbslosenpolitik in die Satzung!
CARSTEN ZINN und DR. ANDREAS STEINER

Gemeinsame AG Neue Linke Barnim

Biesenthal (hsch). Am 3. Juli traf sich die Gemeinsame Arbeitsgruppe Neue Linke Barnim zu ihrer 2. Beratung. Die Genossen Günter Klaue, Dr. Helmut Steinbach und Dr. Heinz Schäfer (Linkspartei.PDS); Rainer Heeneemann und Harald Schuster (beide WASG) sowie Kurt Nobst und Ulrich Brasdat (beide DKP) verständigten sich über konkrete Ziele ihrer Arbeit und führten eine erste inhaltliche Diskussion zum Thema »Opponieren oder gestalten«. Der AG gehören außerdem die Genossen Günter Hildebrandt, Veiko Kunkies und Torsten Duckert (alle Linkspartei.PDS) an. Die Arbeitsgruppe stellt sich die Aufgabe, sowohl zusammenfassende Kurzinformationen über Dokumente programmatischer Ziele der Neuen Linkspartei (z.B. Programmatische Eckpunkte vom Februar 2006 und Aufruf zur Gründung einer Neuen Linken »Manifest« vom Juni 2006) als auch Positionspapiere zu ausgewählten strittigen Fragen der Programmatik zu erarbeiten. Dies wird später ergänzt durch Kurzpapiere zu organisatorischen, statuarischen und Finanzfragen. Hinzu kommt das Angebot

an die Basisorganisationen, über die Nutzung dieser Kurzinformationen hinaus auch Genossen aus der Arbeitsgruppe einladen zu können. Zum Thema »Opponieren oder gestalten« erarbeitet Genosse Schäfer ein kurzes Diskussionspapier als Ergebnis der Diskussion.

Auf der 3. Beratung am 11. August wurde eine Kurzfassung der »Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei« für gut befunden, die von Dr. Helmut Steinbach vorgelegt wurde. Ein Diskussionspapier »Vision von einem solidarischen Wohlstandsstaat« von Harald Schuster wurde diskutiert und wird vom Autor überarbeitet. Die AG-Mitglieder sprachen die Empfehlung aus, die Kurzfassung der »Programmatischen Eckpunkte« und das überarbeitete Diskussionspapier vom 10. Juli »Opponieren und/oder gestalten?« von Dr. Heinz Schäfer den Basisgruppen zur Verfügung zu stellen. Die nächste Beratung der Arbeitsgruppe findet am 22. September statt. Dabei solle u.a. um eine Verständigung zu problematischen inhaltlichen Fragen gehen, die diskutiert werden sollten.

»Roter Sommer« in Eberswalde



Eberswalde (wh). Am 16. Juli hatte die Linkspartei.PDS Eberswalde zum »Roten Sommer« in den Park am Weidendam eingeladen. Vielseitig war das Programm des linken Sommerfestes für die Teilnehmer gestaltet worden. Politgespräche, Schachturniere, Saxophondarbietungen, Buchverkauf, Lesungen, Reiten, Kinderspiele und noch vieles mehr boten sich den Besuchern. Am Nachmittag trat dann die Bernauer Gesangsgruppe Kalinka auf und erntete reichen Beifall. In dieser Gesangsgruppe singen Einheimische, Kontingentflüchtlinge, Spätaussiedler und Ausländer gemeinsam. Es war rund um eine schöne Sache.

Regionales Forum Bürgerstiftungen Ost

Eberswalde (bus). Seit 2005 veranstaltet die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit der Aktive Bürgerschaft ein Regionalforum für Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen aus Ostdeutschland. Beim ersten Treffen dieses Jahres bei der Barnim-Uckermark-Stiftung in Eberswalde stand neben dem Erfahrungsaustausch das Thema »Regionale Identität und Regionalentwicklung« im Mittelpunkt. Einen fachlichen Input lieferte dazu Prof. Dr. Jürgen Pe-

ters von der FH Eberswalde. Die Teilnehmer zogen das Fazit, daß Bürgerstiftungen zwar nicht alleine eine regionale Identität bestimmen können, sie aber durch wegweisende Projekte regionale Identität mitgestalten können. Das nächste Regionalforum Ost findet am 28. September in Berlin statt. Diskutiert wird u.a. das Thema »Corporate Citizenship: Zum Umgang mit lokalen Unternehmen und Banken«.

Info: www.deutsches-forum-buergerstiftungen.info

Neue Barrieren

»Föderalismusreform« contra Behinderte

Mit der vom Bundestag beschlossenen »Föderalismusreform« droht behinderten und älteren Menschen in Brandenburg eine wesentliche Verschlechterung ihre Lebensbedingungen. Ihnen steht eine erhebliche Einschränkung ihrer Mobilität bevor. In Wohnstätten und Seniorenheimen lebende Brandenburger werden in Zukunft zudem mit wesentlich niedrigeren Standards als bisher auskommen müssen. In jahrelangem Kampf hatte die Behinderten- und Seniorenbewegung bundesweit einheitlichen Regelungen für barrierefreies Bauen und Mindeststandards für Wohnstätten und Seniorenheime errungen. Jetzt haben Bundesregierung und Bundesrat diese Errungenschaft auf dem Altar der Kleinstaaterei geopfert.

Senioren und Behinderte werden in Zukunft ganz genau spüren, ob sie in einem reichen oder einem armen Bundesland leben. Der Wegfall des Bundesheimgesetzes macht nun die Länder für den Wohnstätten- und Heimstandard zuständig. Es ist nur logisch, daß die ärmeren Bundesländer das Niveau absenken werden. Es wird künftig ein großer Unterschied sein, ob man in einem Heim in Baden-Württemberg oder in einem in Brandenburg lebt.

Schwere Einschnitte in die Lebensqualität behinderter und älterer Menschen drohen auch durch den Wegfall des Bundesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Bisher gab es quasi einen Zwang zur Barrierefreiheit beim Bau von Verkehrswegen und -anlagen. Der Bund förderte nur solche Projekte, die sich auch im Einklang mit den Regelungen des Bundesgleichstellungsgesetzes befanden. Nun sollen die Länder in den Fördertopf des Bundes greifen dürfen, ohne daß die bisherigen Bestimmungen zur Barrierefreiheit beachtet werden müssen. Das wird die betroffenen Menschen durch unnötige Barrieren noch weiter als bisher an der umfassenden Teilhabe am gesellschaftlichen- und Arbeitsleben behindern. Der durch die »Föderalismusreform« angestrebte Wettbewerb zwischen den Bundesländern führt in eine sozialpolitische Sackgasse und wird letztlich nur zu noch größeren Unterschieden zwischen armen und reichen Bundesländern führen. Es ist schlichtweg Irrsinn, daß angesichts anstehender einheitlicher Regelungen und Normierungen in der Europäischen Union die Bundesrepublik gerade den umgekehrten Weg geht. Die Belange Bedürftiger werden hier letztlich den Eitelkeiten der Ministerpräsidenten und dem Daseinsnachweis der Landesbürokratie geopfert.

INGEBORG KOLODZEIKE

Wienckowski-Aquarelle

Eberswalde (prest-ew). Die Sonderausstellung »Gerhard Wienckowski« im Museum Eberswalde wird aufgrund der großen Nachfrage nochmals bis zum 25.9. verlängert.

Garagenschutz in Bernau

Die PDS-Fraktion der StVV von Bernau hat für die nächste Sitzung einen Antrag zum Schutz von Garagen auf kommunalem Grund und Boden eingebracht. Hintergrund ist das Auslaufen der Schonfrist für Garagen, die zu DDR-Zeiten auf fremdem Grund und Boden gebaut wurden. Gemäß der Novelle des Schuldrechtsänderungsgesetzes endet im Dezember 2006 der Kündigungsschutz. Nicht wenige Garagenbesitzer auch in Bernau fürchten, daß ihnen irgendwann die Kündigung ins Haus flattert. Nicht genug damit, daß sie dann das, was sie oft mit eigener Hände Arbeit, viel Geld und Mühe aufgebaut haben, entschädigungslos verlieren, kann ihnen auch passieren, daß sie den Abriß selbst vornehmen und finanzieren müssen. Auch wenn, wie aus der Stadtverwaltung zu vernehmen war, derzeit eine Kündigung der ca. 600 Einzelverträge in 3 Garagentgemeinschaften nicht vorgesehen ist, gilt auch hier: »Vorbeugen ist besser als heilen.«

Dr. DAGMAR ENKELMANN, Vorsitzende der PDS-Fraktion in der StVV Bernau

Garagenschutz in Eberswalde

Eberswalde (bbp). In der Stadt Eberswalde können die Garagenbesitzer auf kommunalen Grundstücken bereits seit dem Frühjahr 2004 vor einem bösen Erwachen infolge des Schuldrechtsänderungsgesetzes sicher sein. Zustandekommen war die Lösung des Garagenproblems nach mehrjährigen zum Teil heftigen Protesten der Betroffenen. Bereits beim Landtagswahlkampf 1999 hatte sich eine Bürgerinitiative (BI) kräftig eingemischt, um ihre berechtigten Interessen zu vertreten. Auch die politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Kommunalwahl von 2003 wurden von den Aktivitäten der »Garagen«-BI begleitet. Ein halbes Jahr nach der Wahl einigte sich das neue Stadtparlament schließlich auf eine von den Fraktionen SPD und PDS vorgeschlagenen Regelung, in der die Stadt bis zum Jahr 2019 auf Kündigungen verzichtet. Zugleich wurde die Weitergabe der Garagen durch Verkauf, Erbschaft etc. ermöglicht. Im Jahr 2006 wurde die für die kommunalen Grundstücke geltende Regelung auch auf die Garagentgrundstücke der kommunalen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft übertragen.

Wasserwandern

Eberswalde (wito). Mit der neuen Ausgabe »Wasserwandern auf dem Finowkanal« wird die Reihe der touristischen Führer für das Barnimer Land fortgesetzt. Gemeinsame Herausgeber sind die »Kommunale Arbeitsgemeinschaft KAG Region Finowkanal« und die WITO Barnim GmbH. Die Broschüre enthält viele praktische Tipps für Wasserwanderer, die die Region vom Wasser aus über den Finowkanal von Liebenwalde bis Hohensaaten an der Oder erkunden möchten.

Erinnerung an Flugzeugkatastrophe vor 40 Jahren:

Erste Schritte künftiger Zusammenarbeit

Mehr durch Zufall stießen wir, die Mitglieder der AG Gedenkstätten Barnim, im Zuge unserer Recherchen auf die Selbstaufopferungstat der beiden sowjetischen Militärfieger, Hauptmann Boris Wladimirowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow vor 40 Jahren. Nachforschungen brachten den Kontakt mit der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Eberswalde, die uns dann auch zur Gedenkfeier aus Anlaß dieses Jahrestages am 6. April 2006 nach Eberswalde einlud.

Bei einem vorangegangenen Dia-Vortrag in Bernau über Gedenkstätten und Ehrenfriedhöfe (KPD, ODF, sowjetische Ehrenfriedhöfe und Gedenkstätten) lernten wir die ehemalige Lehrerin der Boris Wladimirowitsch Kapustin-Schule in Rostow am Don, Frau Nonna Ivachtchenko, und ihre Schwester, Frau Elenora Polunina, kennen. Sie erzählten uns von ihrer geplanten Urlaubsreise und regten einen Kontakt mit der Schule an.

Nun, wir wollten nicht nur einfach unsere Forschungsergebnisse mitgeben und luden, gemeinsam mit Herrn Hickel und Herrn Shams von der Brandenburgischen Freundschaftsge-

sellschaft Eberswalde am 15. Juni in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität nach Bernau-Süd ein. Die Übergabe der Dokumente sollte in feierlicher Form erfolgen. Ca. 20 Gäste folgten der Einladung, die Frauen buken und kochten. Herr Hickel stellte seine Heimatstadt Eberswalde sowie die Dokumente zu dieser Selbstaufopferungstat in einem Bildervortrag vor, und wir hatten eine Art Wandzeitung zu diesem Flugzeugabsturz und der damit verbundenen Heldentat dieser beiden Militärfieger angefertigt. Dies alles wurde sehr feierlich an Frau Nonna Ivachtchenko übergeben in der Hoffnung, über den Kontakt mit der Schule in Rostow am Don noch unbekannte Tatsachen zu erfahren. Richtig feierlich wurde es, als die Männer und Frauen das Lied »Der riesige Himmel« sangen, welches die Heldentat von B.W. Kapustin und J.N. Janow beschreibt. Natürlich wurde noch viel mehr gesungen und bei Kaffee und Kuchen angeregte Gespräche geführt. Wir sind gespannt auf Frau Ivachtchenkos Rückkehr und vielleicht einiger Antworten zu heute noch offenen Fragen.

HEIN ZINKE, AG Gedenkstätten Barnim

Enkelmann und Hübner lesen Bofinger

Ungeachtet der hohen Temperaturen fanden sich am Abend des 27. Juli eine große Zahl interessierter Bürgerinnen und Bürger zu einer Lesung im Bürgerzentrum der Linkspartei.PDS Bernau ein. Und sie wurden nicht enttäuscht. Im Rahmen der gegenwärtigen Ausstellung über die Werke des Karikaturisten Manfred Bofinger (1941-2006) lasen Dr. Dagmar Enkelmann (MdB, DIE LINKE.) und Hans Hübner (Berlin) heitere Geschichten und Begebenheiten von Manfred Bofinger, der bekanntermaßen nicht nur Beherrscher des Stiftes, sondern auch eine Vielzahl von Büchern – vorrangig über und für Kinder – schrieb. Zum Vortrag kamen Geschichten aus den Bänden »Der krumme Löffel« und »Der dicke Hund«. Das Publikum erfuhr etwas über das »fern sehen« in früheren Zeiten ohne Fernseher, sondern mit Kissen auf dem Fensterbrett, konnte sich am

»Hasenbrot« erfreuen, amüsierte sich über die Unerschöpflichkeiten des Kindermundes, wenn dieser besorgt feststellte, daß im Gegensatz zu den Figuren, die Bofinger malte, er selber nicht in Knete modelliert werden kann, da es so viel Knete nicht gäbe. Auch die Bemerkung einer besorgten Kindergärtnerin am Ende eines Besuches Bofingers, als sie die Kinder aufforderte, ihre Bilder ordentlich wegzupacken, sie vorsichtig nach Hause zu bringen und gut aufzubewahren, denn später wären die Bilder ganz viel Wert – wenn der Zeichner tot ist, löste Schmunzeln aus. Es wurde sogar vorgeschlagen, einmal nachzuforschen, wie viele der sicherlich tausenden Zeichnungen, die Bofinger für Kinder gemalt hatte, überhaupt noch existieren. Die Bofinger-Ausstellung ist noch bis zum 22. August zu besichtigen.

BÄRBEL MIERAU

Polizisten mit Behinderung

Bisher glaubte ich, bei der Polizei muß man körperlich besonders fit sein, um den Strapazen des Polizeidienstes gewachsen zu sein. Aber offensichtlich ist das ein Irrtum, denn auch im Streifendienst kommen nun scheinbar Rollstuhlfahrer zum Einsatz. Diesen Schluß jedenfalls ließ das unlängst vor dem Kaufland in Eberswalde auf einem Behindertenparkplatz stehende Polizeifahrzeug zu. Allerdings belehrten die beiden Polizisten, die nach einer Weile den Einkaufsmarkt mit einem jugendlichen Delinquenten ruhigen Schrittes verließen, den erstaunten Betrachter eines Besseren. Weder

saß einer von ihnen im Rollstuhl, noch war anderweitig die Spur einer Behinderung zu entdecken. Wahrscheinlich rechtfertigt allein der polizeiliche Einsatz das Parken auf einem Behindertenparkplatz, obwohl allem Anschein nach keine direkte Gefahr im Verzuge war. Wie dem auch sei, mit Vorbildwirkung hat das nichts zu tun. Dieses »rücksichtsvolle« Verhalten gibt eher jener Fraktion »liebenswerter« Zeitgenossen Recht, die ihr Verweilen auf Behindertenparkplätzen mit den unterschiedlichsten Ausreden verteidigen.

KLAUS MORGENSTERN

»Power und Glory«

10 Jahre Westend-Gospel-Singers

Eberswalde (hpg). Zehn Jahre ist es inzwischen her, daß Pfarrer Hanns-Peter Giering durch einen Artikel in der Märkischen Oderzeitung in der Stadt fragte: »Wer will mit uns Gospel singen?« Daraus sollte sehr bald eine Gemeindeinitiative damals noch in der Evangelischen Friedenskirchengemeinde in Eberswalde Westend entstehen. Es ging nicht um die Gründung eines musikalisch leistungsstarken Chores, sondern um die Freude am geistlichen Singen dieser schwarzamerikanischen Kirchenmusik. Bis daraus die Westend-Gospel-Singers als Gospelchor der Evangelischen Stadtkirchengemeinde wurden, verging noch einige Zeit, in der alle aber schon viel Freude am Gesang hatten. »Das gemeinsame Leben im Chor und die Freude, etwas gutes und heilsames gemeinsam zu tun«, sagt Hanns-Peter Giering, »waren uns im-

mer ebenso wichtig, wie die Musik, die wir dabei machten. So wurden die Westend-Gospel-Singers für manch einen zur Heimat. Aber auch die, die nicht mehr bei uns singen und die, die neu hinzugekommen sind tragen wertvolle Erinnerungen an das Chorgeschehen und viel Freude in ihren Herzen.«

Im Mai machten die Westend-Gospel-Singers ihr Jubiläum in einem Gospeltagesdienst in der Maria-Magdalenen-Kirche zum Thema der neuen Reihe »Freitagsfeiern« die im Frühjahr begonnen hat. Neben der Taufe von drei Chormitgliedern gab es ganz viel Gospelmusik mit »Power und Glory«, wie die Gospelsänger sagen. »Wir sind dankbar für diese 10 Jahre und für alle Begegnungen und Kontakte, die wir mit unserer Musik gefunden haben«, zog Chorleiter Giering das Fazit.



Westend Gospel Singers auf der Veranstaltung zum ersten Jahrestag der Eberswalder Montagsdemo im August 2005.

Gospelchortreffen auf dem Chorinfest

Vom 1.-3. September 2006 werden sich in Eberswalde wieder die Gospelchöre aus Berlin und Brandenburg treffen. In jedem Jahr lädt dazu der Beauftragte für Populärmusik in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Rolf Tischer dazu ein, diesmal nach Eberswalde.

Im Brandenburgischen Viertel proben ca. 400 Sängerinnen und Sänger dann zwei Tage lang an einem Konzertprogramm, das beim Evangelischen Chorinfest am Sonntag, den 3. September, dargeboten wird. Das Chorinfest beginnt um 11 Uhr und wird am ganzen Tag von der Gospelmusik geprägt sein. Ab 15 Uhr beginnt dann das große Konzert mit dem Mass-Choir (dt. Massenchor). Nicht nur Berliner und Brandenburger Chorleiter werden dabei mit den Chören auf der Bühne stehen, in diesem Jahr werden wir die Chorleiter Peter Eken-gren und Arvid Nerdal vom berühmten »Afr-Choir« aus Uppsala (Schweden) zu Gast haben. Darauf, mit ihnen arbeiten zu dürfen, freuen sich die Sängerinnen und Sänger schon lange. Teilnehmer von über 20 Chören werden erwartet.

Die Fach-Workshops am Sonnabend werden von professionellen Musikern und auch von einschlägigen Hochschullehrern geleitet, die den Chören wertvolle Impulse für ihre Arbeit mitgeben können.

Ein geladen zum Mitsingen sind interessierte Chöre und Einzelteilnehmer. Einige Plätze sind noch frei. Wer interessiert ist im Chor mitzusingen melde sich unter der Telefonnummer 03334/205925 bei Susanne Döhmland an.

Ganz ohne Anmeldung und übrigens sogar ohne Eintritt können alle dann auf dem Evangelischen Chorinfest in der Klostersruine Chorin mit dabei sein. Der Tag steht unter dem Motto »I'll be with thee...«, natürlich auch ein Gospel-Titel und der spricht von Gottes Zusage: »Ich will mit dir sein.« Für die Unkostenbeteiligung wird es eine Spendensammlung geben, ansonsten ist an diesem Tag sogar der Klosterbesuch kostenlos.

Für alle Altersgruppen verspricht dieser Tag ein schönes Fest zu werden, das sich keiner entgehen lassen sollte.

HANNS-PETER GIERING

Diskussion »Am Weidendamm«:

DKP und die neue Linke

Wir laden Sie ein zum 21. August 2006 um 19 Uhr in Eberswalde, Café am Weidendamm, Schicklerstraße 4 (gegenüber der Fachhochschule) zur Diskussion der Frage **Brauchen wir heute noch unbedingt eine kommunistische Partei?** Diskussionspartner sind Brigitte Müller, Landesvorsitzende der DKP Brandenburg, und Mitglieder der DKP-Organisation Barnim.

Interessante Diskussionspunkte wären zum Beispiel: Wie stellt sich das Problem mit der Bildung der Neuen Linken? Wird die antikapitalistische Bewegung durch die Existenz einer kommunistischen Partei neben der Neuen Linken gespalten? Gilt noch die Aussage von Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest: »Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.«? Welche Verantwortung tragen die Kommunisten gemeinsam mit allen anderen Linken im Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Krieg und Faschismus?

Wir würden uns freuen, Sie zu dieser Diskussionsrunde begrüßen zu können.

Die Mitglieder der DKP-Organisation Barnim

PS: Uns wurde bekannt, daß zum gleichen Termin zwei weitere Veranstaltungen stattfinden. Die Linkspartei.PDS trifft sich zur Mitgliederversammlung und die Eberswalder Montagsdemo hat zur Demo anlässlich des zweiten Jahrestags der ersten Montagsdemo in Eberswalde aufgerufen.

Sicherlich gibt es unter den Teilnehmern an diesen Zusammenkünften einige, die auch gerne an unserer Diskussionsrunde teilgenommen hätten. Wir bitten diese, sich bei uns unter Telefon 033394-70206 oder per EMail unter dkp.ber-nau@email.de zu melden. Wir sind gern bereit, die Diskussion mit ihnen zu einem anderen, noch zu vereinbarenden Zeitpunkt zu führen.

Wer kann helfen?

Für eine Ausstellung über die Geschichte der Eisenspalterei sucht der Familiengarten noch Materialien und Zeitzeugen. Die Erlebnisse der einstigen Walzwerker, aber vor allem deren Ortskenntnis in unserem Industriedenkmal, sind für uns von besonderem Interesse. Wichtig wäre auch ein grober Überblick, über die hier hergestellten Profile, Hufeisen und andere Erzeugnisse. Hat jemand noch Probestücke, Messeexponate oder Schriftmaterial über den Arbeitsablauf? Über Fotos, auf denen Hallenteile aber auch Industrieanlagen zu sehen sind, würden wir uns besonders freuen. Für jede, noch so kleine Information wären wir sehr dankbar und hoffen auf Mithilfe.

ALEXANDER GÖTZE, Mitarbeiter des Veranstaltungsservice im Familiengarten (Tel.: 03334/384963, FAX: 03334/384922)

3. Altenhofer Liedersommer

Dem »altenhofer Kulturkreis e.V.« ist es wieder gelungen, ein ganz besonderes Songprogramm abseits vom Mainstream zu kreieren und dies, obwohl der kleine Verein ab diesem Jahr ohne Fördermittel des Kreise auskommen muß. Nach dem Auftakt am Abend des 18. August mit der Eröffnung einer Ausstellung zum Thema »Mit Se(e)hzeichen zum Tango« und einer Lesung junger Autoren, der »Gruppe 04«, startet am 19. August im Bootsverleih »Am Breiten« ab 19 Uhr auf der allerkleinsten Freilichtbühne Deutschlands und den drei Steganlagen das große Liedermacherkonzert:

KAYENNE

durchbrechende Frauenpower, gepaart mit prickelndem spanischem Flair und Lieder, die direkt ins Herz gehen. Sanfte verspielte Balladen über Werte, wie Liebe und Heimat, aber auch witzige frische Powersongs, die das Berliner Leben widerspiegeln.

Hans Eckhardt WENZEL

der Sänger, Musiker, Autor, Komponist und Narr, der sich nicht um Schubladen schert. Ein Poet, der wie kaum ein anderer mit Sprache und Musik zu jonglieren versteht, der durch Sprachwitz und Energie besticht und der auf unnachahmliche Weise Melancholie und Lebenslust verbindet



Haase & Band am 1. Mai 2005 auf dem Eberswalder Marktplatz.

HAASE

das ist Christian Haase mit seinen Musikern. Anders, als sein Name vermuten lässt, weiß Haase von Vielem. Von verblüffend vielen Dingen gar – angesichts der Tatsache, daß dieser junge Mann erst 25 Sommer lang Zeit hatte, Erfahrungen einzusaugen. Seine Lieder liegen irgendwo zwischen rotzigen Singer/Songwritertum und großem Chanson, zwischen aufmüpfigem Protestlied und trauriger Ballade. Haase kritisiert die Welt gekonnt und charmant, witzelt über sich selbst. Er plaudert, gestikuliert und singt über die wesentlichen Dinge des Lebens: Liebe, Tod und immer und immer die langen Balkonfrühstücke dazwischen.

GÜNTER LANDMANN,

Vorsitzender des altenhofer kulturkreis e.V.

In eigener Sache

Aufgrund organisatorischer Probleme und technischer Pannen hat sich die Fertigstellung dieser Ausgabe um zwei Tage verzögert. Trotz aller Anstrengungen unserer Druckerei und der Vertriebsmitarbeiter wird es sich nicht vermeiden lassen, daß ein Teil der Auflage erst verspätet ausgeliefert wird. Wir bitten um Nachsicht und Ihr Verständnis.

Gerd Markmann, Redakteur

Widerstand in der US-Army

Der Widerstand amerikanischer GIs in Vietnam war bis zum ultima ratio gegangen, nämlich dazu hin, Offiziere zu erschießen, die schlechte Befehle erteilten. Zu diesem Ergebnis kommen neueste Untersuchungen, deren Ergebnis auch in dem Film »Sir, No Sir!« dargestellt werden. Demnach ergab die Auswertung von jetzt zugänglich gewordenen Army-Akten aus dem Vietnamkrieg, daß sich entgegen bisheriger Geschichtsschreibung der allergrößte Antivietnamkrieg-Protest innerhalb der Armee materialisierte. Das ging bis zum Offiziere-Erschießen. Genauer gesagt, bevorzugte Methode war die Handgranate, um den Vorgesetzten »elegant« um die Ecke zu bringen. Aber nicht nur diese Extremtaten wurden massenhaft. Es erwies sich, daß es mehr als 500.000 Fälle von Desertation gab. Laut Militär-Akten!

Der Film »Sir, no Sir!« wird übrigens zur Zeit in großer Menge unter der Hand gratis im Irak verteilt. Angeblich findet die DVD reißenden Absatz. Im Unterschied zum Vietnamkrieg, als hauptsächlich Leute zwangsrekrutiert wurden, handelt es sich bei den US-Soldaten im Irak um Freiwillige, Berufssoldaten.

(aus wertkritik@listi.jpberlin.de)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: »Für Delmenhorst«, www.der-ruednitzer.de, Hickel, Markmann (3), Schulz, Triller

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktions-schluss: 12. August 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 9.9.2006, 12 Uhr.